



Beschlussbuch

zum XVI. Ordentlichen Landesparteitag
der SPD Mecklenburg-Vorpommern

Rostock-Warnemünde, 30.-31. März 2019

Ordentlicher Landesparteitag in Rostock-Warnemünde 2019

Tabellarische Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite
L1	Landesverband	Klare Haltung. Starke Basis. Fest verankert.	Angenommen	1
L2	Landesverband	Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern	Angenommen	27
A 1	AfA MV; KV HRO	Arbeitsschutz durchsetzen	Angenommen; Adressat: LTF, die sozialdemokr. Mitgl. der Landesregierung, Landesvorstand	33
A 2	Projektgruppe Digitalisierung	Sicherheit im Wandel zur Arbeitswelt 4.0	Angenommen	34
A 3	SPDqueer; KV SN	Gesundheitsversorgung	Angenommen; Adressat: LTF, SPD-Mitglieder der Landesregierung	35
A 4	Jusos MV	12€ flächendeckender Mindestlohn	Angenommen	35
A 5	Jusos MV	Sanktionsfreie Grundsicherung	Angenommen	36
AU 2	KV HRO	Welthandel solidarisch und nachhaltig gestalten	Angenommen	36
B 1	SPDqueer; AfB MV	LSBTTIQ* als verbindlicher Bestandteil der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte	Angenommen; Adressat: LTF, SPD-Mitglieder der Landesregierung	37
B 2	AfB MV	Lehrer*innenbildung verbessern und ausbauen! – Lehrer*innen motivieren und unterstützen! – Gute Schule in Land ermöglichen und sichern!“	Angenommen; Adressat: alle für Bildung in der SPD Verantwortliche	37
B 5	KV HRO	Ressourcen gezielt einsetzen – gleiche Bildungschancen für alle Kinder schaffen	Angenommen; Adressat: SPD-Mitglieder der Landesregierung und LTF	41
B 6	KV HRO	Raumerlass überarbeiten – Demokratie stärken	Angenommen	42
B 8	AfB MV	Ausgestaltung eines Landesprogrammes Schulsozialarbeit	Angenommen	42

B 9	AfB MV	Für einen landesweiten Mindestpersonalschlüssel	Angenommen	44
B 10	AfB MV	Mitbestimmung und Qualifikation an Hochschulen fördern	Angenommen; Adressat: Partei, Fraktion, Regierung	45
B 11	ASF	Ausbildung für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen schaffen	Angenommen; Adressat: Bundesparteitag	46
B 12	KV HRO	Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der „dualen“ Erzieherausbildung für 0 – 10-jährige in Mecklenburg-Vorpommern	Angenommen	46
B 13	AfB MV	Inklusion im Schulgesetz	Angenommen; Adressat: Partei, Fraktion, Regierung	47
B 14	AfB MV	Unterstützung des kulturpolitischen Leitlinienprozesses und Mitgestaltung	Angenommen	48
B 15	OV Südstadt; KV SN	Kostenlose Schülerbeförderung zu allgemeinbildenden Schulen	Angenommen	49
B16	Jusos MV; AfA MV	Studierendenwerke stärken	Überweisung an LTF und AK Wohnen	49
D 1	AGS	Der Landesparteitag der SPD spricht sich dafür aus, dass auf Initiative der SPD die Landesregierung eine Bundesratsinitiative startet	Überweisung an die Projektgruppe Digitalisierung	53
E 1	AK Energie	Für unsere Kinder und Enkel – Die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich weiterentwickeln	Angenommen	54
ÄE 3	AfA MV	Strukturwandel sozial gestalten und finanzieren	Angenommen; Adressat: LTF, die sozialdemokr. Mitgl. der Landesregierung, Bundesparteitag	59
F 1	KV HRO	Gerechte Besteuerung von Flugreisen	Angenommen	60
G 1	Jusos MV	Geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung	Angenommen	60
G 2	Jusos MV	Parité Gesetz Mecklenburg-Vorpommern	Überweisung an LTF	61
G 3	Jusos MV	Verbot der Konversionstherapie – jetzt sofort!	Angenommen	61
G 4	SPDqueer	Queere Beratungs- und Unterstützungsstruktur sichern!	Angenommen; Adressat: LTF, SPD- Mitglieder der Landesregierung	62

G 5	SPDqueer MV; AfB MV	Landesaktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie konsequent und schnell umsetzen!	Angenommen; Adressat: LTF, SPD-Mitglieder der Landesregierung	62
I 1	Jusos MV	Wahlalter 16 – Jetzt!	Angenommen	63
I 2	KV HRO	Legalisierung Containern	Angenommen	63
I 3	Jusos MV	Wahllisten erweitern	Angenommen	64
I 4	KV HRO	Neue Drogenpolitik	Überweisung an AK Bundespolitik	64
I 5	KV HRO	Das Kinderzimmer ist kein Casino – Lootboxen verbieten	Angenommen	66
K 1	SPDqueer	Ansprechpersonen für LSBTTIQ*-Belange in den Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte	Angenommen; Adressat: SPD-Kreistagsfraktionen, SPD-Landrätinnen und Landräte der LK, SPD-Fraktion der Bürgerschaft HRO	67
K 2	KV VG	Direktwahl von Bürgerinnen und Bürgern für Ortsteilvertretung	Überweisung an SGK und AK Innen der LTF	67
K 3	ASF	Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	Angenommen; Adressat: LTF, Städte- und Gemeindetag MV, Landkreistag MV, LAG d. kommun. Gleichstellungsbe.	68
K 4	KV NWM-HWI	Sag JA zu Kommunen. Sag JA zur Demokratie!	Angenommen	69
K 5	OV Parchim	AK „sozialdemokratische Grund und Boden Politik unter besonderer Berücksichtigung von grundstücksbezogenen Abgaben zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur“ einsetzen	Überweisung an AK Innen der LTF	705
M 1	SPDqueer	LSBTTIQ* in der Prime Time!	Angenommen; Adressat: SPD LaVo MV, SPD LaVo SH, HH, Nds	71
O 2	Jusos MV	Gendergerechtes Leben – auch in der Partei	Angenommen	72
O 3	KV HRO	Beschlusskontrolle Umsetzen	Angenommen	72
ÄO 4	LaVo	Einrichtung des Kulturforums Mecklenburg-Vorpommern	Angenommen	73
U 1	OV Lübstorf-Alt Meteln	Nitratbelastung im Grundwasser	Angenommen; Adressat: Landes-, Bundesregierung	74

V 1	OV Insel Usedom	Auf der Insel Usedom keine breiteren und weiteren Straßen zuzulassen	Angenommen	74
Ini 1	Jusos MV	Politische Beteiligung stärken – Klimademos unterstützen!	Angenommen; Adressat: Landesregierung	75
Ini 2	Jusos MV	Solidarisierung mit Demonstrierenden in NB	Angenommen; Adressat: OB Stadt Neubrandenburg	75
Ini 3	KV LKRO	Interdisziplinäre Frühförderstellen (IFF)	Angenommen; Adressat: sozialdemokratische Mitglieder der Landesregierung	76

Klare Haltung. Starke Basis. Fest verankert.

Wir als SPD übernehmen Verantwortung für Mecklenburg-Vorpommern und durften gemeinsam mit den Menschen zur guten Entwicklung unseres Landes beitragen – seit der Wende in den Städten, Dörfern und Kreisen unseres Heimatlandes und seit nunmehr über 20 Jahren als stärkste Kraft im Landtag und an der Regierungsspitze. Engagierte Mitglieder, ein klarer Blick auf die wichtigen Themen für MV, beherztes, gemeinschaftliches Zupacken und ein kurzer Draht zu den handelnden Akteuren in den Dörfern, Städten, Kreisen und auf der Ebene des Landes sind die Grundlage unseres Schaffens für MV.

2019 jähren sich der Mauerfall und die politische Wende zum 30. Mal. Seit 1989 hat sich das Leben in MV stark gewandelt. Ängste und Sorgen, aber auch Hoffnungen und neue Möglichkeiten waren prägend für die Zeiten der Veränderung. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dies in der wechsellvollen Geschichte hautnah erlebt. Gemeinsam haben die Menschen im Herbst 1989 Grenzen überschritten und auf friedliche Weise ein freies Leben und demokratische Strukturen erkämpft. Die neue Freiheit ging bei viel zu vielen Menschen mit harten beruflichen und familiären Veränderungen einher. Gleichzeitig war diese Zeit getragen von einem Gefühl des Aufbruchs, von Stolz und dem Willen, unsere Gesellschaft besser machen zu wollen. Genau das haben die Menschen in MV dann auch erfolgreich getan und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unseren guten Anteil daran.

Die Erfolge der letzten Jahre und die insgesamt starke Aufstellung unseres Landesverbandes nehmen wir nicht als gegeben hin, sondern wollen sie bewahren und entwickeln. Auf der Höhe der Zeit zu bleiben heißt für uns, immer wieder Eingübtes und Gelerntes zu hinterfragen, Gelingendes fortzusetzen, neue Einflüsse und Probleme zu erkennen und mit dem Willen zur Veränderung und mit gemeinschaftlicher Anstrengung zu reagieren. Als SPD-MV leben wir vor, dass eine erfolgreiche Regierungsarbeit und ein konstruktiver Modernisierungsprozess sich nicht ausschließen.

Ganz in diesem Sinne hat der SPD-Landesparteitag in Golchen den Landesvorstand beauftragt, unter Einbeziehung aller Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften, der SGK, der Landtagsfraktion und der SPD-Landesgruppe im Bundestag die gegenwärtige Lage unseres SPD-Landesverbandes zu analysieren und anschließend vorzutragen, wie die Mitgliederbasis, das respektvolle Miteinander und die politische Bildung gestärkt werden können, wie die gesellschaftliche Verankerung SPD-MV gefestigt und eine

größere Öffnung erreicht werden können. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die „klare Haltung“ im Sinne unserer Leitlinien für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019.

Als Grundlage konnte die Lenkungsgruppe neben dem „Leitantrag Modernisierung“ auf weitere Positionspapiere (beispielsweise der Jusos in der SPD MV), überwiesene Anträge vom außerordentlichen Landesparteitag in Golchen, Ergebnisse des Modernisierungs-Mitgliederforums im März 2018 in Güstrow und gesammelte weitere Beiträge zurückgreifen. Um möglichst allen Mitgliedern der SPD-MV die Möglichkeit zu geben, sich in den Modernisierungsprozess einzubringen, wurde eine durch die Lenkungsgruppe erarbeitete Befragung gestartet und ausgewertet. Die anschließende Auswertung aller Grundlagen führte letztlich zum vorliegenden Entwurf.

Dabei gilt – und das bittet die Lenkungsgruppe vertieft zu bedenken: Erfolgreiche und wirksame Modernisierung ist kein einmaliges Ereignis und keine Sache einzelner Zuständiger, sondern ein dauerhafter Prozess, der von allen Mitgliedern gemeinschaftlich gelebt werden muss: In den Strukturen und Formaten genauso wie bei Inhalten und der Programmatik.

Gemeinsam. Stark. –

Kommunalpolitische Leitlinien der SPD-MV

Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 werden in Mecklenburg-Vorpommern in den Städten und Gemeinden sowie den Kreisen und kreisfreien Städten mehr als 8.000 ehrenamtliche kommunalpolitische Mandate vergeben. In der Wahlkabine, aber auch durch eine eigene Kandidatur nehmen die Menschen Verantwortung in der Kommune in die eigene Hand und engagieren sich gemeinschaftlich für eine gute Entwicklung unseres Landes.

Diese Selbstverwaltung auf der Ebene auch der kleinsten Kommunen begreifen wir als unschätzbar wichtig und Keimzelle des demokratischen Miteinanders. Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus der Mitte der Bevölkerung geben ihren Wählerinnen und Wählern eine politische Stimme, ringen um Veränderungen, bringen strittige Positionen zum Ausgleich und gestalten gute Kitas und Schulen, kümmern sich um Feuerwehren und Vereinsförderung, Bibliotheken, Straßen, den örtlichen Nahverkehr und vieles mehr. Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind die

tragenden Säulen des öffentlichen Lebens in MV. Dafür gilt allen, die sich für unser demokratisches Gemeinwesen einbringen, unser ausdrücklicher Dank!

Entscheidungen in Politik und Verwaltung müssen die berechtigten Interessen aller Beteiligten berücksichtigen und diese zum Vorteil der Mehrheit zusammenführen. Jeder Mensch in der Kommune soll die Möglichkeit haben, ernsthaft Einfluss auf diese Entscheidungen zu nehmen und den eigenen Standpunkt deutlich zu machen.

Nach wie vor ist auch auf kommunaler Ebene kein Platz für Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtende Politik. SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Form von Ausgrenzung, Hass und Abwertung einzelner Gruppen.

Wir als SPD MV bringen uns mit Leidenschaft, Sachkunde und einem starken Netzwerk für diese Kommunalpolitik ein. Viele von uns seit der Wende, weil sie dafür sorgen wollten, dass Demokratie keine leere Hülle ist. Mittlerweile sind immer mehr Jüngere aktiv geworden und übernehmen Verantwortung. Das ist wichtig für unsere Kommunen und wir ermutigen und unterstützen Politikerinnen und Politiker der nächsten Generation ausdrücklich, sich einzubringen.

Mit klarer Haltung machen wir uns über die Generationen hinweg für die umfassenden Teilhabe- und Versorgungsbedürfnisse der Menschen in den Städten und Dörfern stark. Wir stehen für Kommunen, in denen gemeinschaftliches Handeln, gegenseitige Hilfe und Anerkennung und faire demokratische Auseinandersetzung prägend sind. Dieser solidarische Geist gilt auch den Menschen und Gemeinschaften an anderen Orten. Er ist offen für neue Nachbarn und hat die Bedürfnisse der unterschiedlichen Generationen im Blick.

Die Themen der Kommunalvertretungen und -verwaltungen betreffen die Interessen aller Menschen hautnah: Von der Kita über Schule, Pflege, Feuerwehr, Kultur und Begegnung bis hin zu Sport, Wasser, Wärme und Strom, Wohnen, ÖPNV und vieles mehr. Die SPD steht für leistungsfähige, moderne und bürgerfreundliche Kommunen, die ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine gute Gemeinschaft mit guter Versorgung bieten und sie an der Entwicklung aktiv beteiligen.

Die SPD-Mitglieder in den Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen und Rathäusern standen in der Vergangenheit und stehen weiterhin bereit, von der Kommune, über das Land bis hin zum Bund alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit das Leben in den Städten und Dörfern so gut wie möglich ist. Hierbei profitiert die SPD davon, mit vier Landrätinnen und Landräten, einem Oberbürgermeister, vielen Dezernentinnen und Beigeordneten, Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Landes- und Bundesministerien

sowie vielen Expertinnen und Experten in Verwaltung, Verbänden und Organisationen auf ein professionelles Netzwerk zurückgreifen zu können, das aus den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger praktische Politik macht. „Gemeinsam. Stark.“ daher nicht nur für das gemeinschaftliche Engagement in der Kommune, sondern auch für die vielen SPD-Vertreterinnen und Vertreter auf allen Ebenen, die den sprichwörtlich „kurzen Draht“ haben und gemeinsam viel bewegen. Diese Stärke wollen wir für die folgenden Ziele weiterhin zum Wohle aller Menschen einsetzen. In diesem Sinne werben wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

Kinder und Familien –

für die vollständige Elternentlastung in der Kita

Ab Januar 2019 hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass Eltern für Geschwisterkinder in Krippe, Kita und Hort keine Gebühren mehr zahlen müssen. Bis Ende des Jahres fallen für die Eltern jeweils nur für das älteste Kind Beiträge an – ab Januar 2020 werden die Elternbeiträge in Krippe, Kindergarten, Hort und Tagespflege komplett abgeschafft. Für dieses große Vorhaben kämpfen wir als SPD schon lange, es handelt sich um das größte Programm zur Familienentlastung in der Geschichte des Landes. Hiervon profitieren nicht nur die Eltern durch mehr verfügbares Einkommen, sondern auch die Kinder durch einen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung unabhängig von ökonomischen Verhältnissen. Die Kreise und kreisfreien Städte haben als örtliche Träger bei der Umsetzung der Beitragsfreiheit einen wesentlichen Anteil. Als SPD werden wir diesen Prozess auf Landes- und kommunaler Ebene gemeinschaftlich so gestalten, dass ab 01.01.2020 alle Eltern mit Kindern in der Kindertagesförderung von der vollständigen Elternbeitragsfreiheit profitieren. Darüber hinaus werden wir auf der örtlichen Ebene dafür Sorge tragen, dass ausreichend KiTa-Plätze vorhanden sind. Wir setzen uns bei den Trägern für gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und eine gerechte Tarifentlohnung ein, wobei wir uns mittelfristig, um die Attraktivität des Berufes zu erhöhen, für eine Orientierung der Bezahlung in allen Kitas an den Bedingungen des TV-ÖD einsetzen.

Sicherheit und Zusammenhalt –

Gute Bedingungen für die Feuerwehren im Land

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich in unserem Land zu Recht sicher. Neben Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Polizei tragen hierzu die Feuerwehren

maßgeblich bei. Wir sind den Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sehr dankbar für das dauerhafte, aufopferungsvolle Engagement. Die Feuerwehren - in vielen Regionen insbesondere die Freiwilligen Wehren - sind für uns zudem Ankerpunkte und Anlaufstellen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Fläche. Als SPD wollen wir die Feuerwehren mit einem Landesprogramm besser ausstatten. Dabei sollten auch die Vorteile einer möglichst landesweit, mindestens aber kreisweit einheitlichen, Kosten dämpfenden Ausschreibung für Anschaffungen genutzt werden. Die Gewinnung und Förderung von engagierten Nachwuchskräften für die Freiwilligen Feuerwehren hat für uns hohe Priorität.

Gutes und bezahlbares Wohnen überlassen wir nicht dem Markt

Gutes und bezahlbares Wohnen ist für uns von gleicher Bedeutung wie gute Bildung, eine saubere Umwelt und eine verfügbare Gesundheitsversorgung. Jeder Mensch hat das Recht, gut zu leben und zu wohnen. Ob es gutes, bezahlbares Wohnen gibt, darf nicht vom freien Spiel der Marktkräfte abhängen. Vor allem wollen wir nicht, dass schon an Wohnlagen und Anschriften die finanzielle Situation der Anwohnerinnen und Anwohner erkennbar ist. Durch gemeinschaftliches Wohnen unterschiedlichster Milieus und Berufsgruppen entstehen Gemeinsinn und sozialer Zusammenhalt.

Eine zu freie Entfaltung der Marktkräfte hatte in den letzten Jahren in den Zentren und touristischen Hochburgen leider vielerorts extrem gestiegene Mieten und eine Verdrängung angestammter Anwohnerinnen und Anwohner zur Folge. Dieser Tendenz stellen wir uns als SPD entschieden entgegen. Unser Ziel ist, dass öffentlich geförderter, guter und bezahlbarer Wohnraum langfristig bis weit in die Mittelschicht hinein zur Verfügung steht.

Um dieses Ziel und eine stärkere soziale Mischung der Wohngebiete zu erreichen, werden wir vielfältige Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ergreifen. Unter anderem beabsichtigen wir Anpassungen bei der Grund- und Bodenpolitik der öffentlichen Hand, Modellförderungen für Lagen mit explodierenden Mieten, Anpassungen der Fördersätze und Förderkategorien, Initiativen für den Wegfall der zeitlichen Beschränkung von Förderbindungen und für die Wiedereinführung des „Gemeinnützigen Wohnungsbaus“.

Auch in Zukunft gilt es, den kommunalen Wohnungsbestand zu erhalten.

Einen Verkauf dieses öffentlichen Wohneigentums lehnen wir grundsätzlich ab.

Neben den Wohnungen selber muss bei der Entwicklung von Wohngebieten immer auch das Wohnumfeld im Blickfeld bleiben. Lebendige Nachbarschaften entstehen dann, wenn

es neben guten, bezahlbaren Wohnungen auch bereits in den konzeptionellen Vorgaben Einkaufsgelegenheiten, Spielmöglichkeiten, kleines Gewerbe und festgelegte Begegnungsfreiräume als öffentliche und kostenfreie Erholungsflächen (Picknickflächen, öffentliche Grillplätze etc.) gibt.

Gleichzeitig gibt es Gemeinden, in denen das Wohnungsangebot durch einen deutlich zu hohen Leerstand, sehr geringe Mieten, Sanierungsstau und Altschulden bei den Wohnungsgesellschaften gekennzeichnet ist. Auch hier gehört es für uns als SPD zu einer guten Wohnungspolitik, nach langfristig tragfähigen Lösungen zu suchen, Rückbau und Sanierungen zu ermöglichen und – gemeinsam mit Land und Bund – die Altschuldenproblematik zu lösen.

Schnelles Internet und Mobilfunk auch bis an jede Milchkanne,

Infrastruktur und Daseinsvorsorge – für alle Generationen

Wir stellen uns weiterhin der Herausforderung, ein Höchstmaß an Versorgung mit kommunaler Infrastruktur und Gütern der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Dafür bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land, Kommunen, (gemeinnützigen) Trägern und Anbietern sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Hierbei müssen die Bedürfnisse der Menschen und nicht Profitinteressen im Vordergrund stehen. Aufgabe der sozialen Kommune ist es unseres Erachtens, das Miteinander der Menschen zu stärken und in jeder Gemeinde soziale und demokratische Freiräume zu schaffen, in denen sich das Zusammenleben der Menschen abspielt.

Auch und gerade in ländlichen Gestaltungsräumen bedarf es hierbei besonders intelligenter Lösungen nicht nur bei den grundständigen Aufgaben, wie bei der Wasser-, Wärme- und Stromversorgung sowie der Abwasser- und Müllentsorgung, sondern auch im Bereich des Wohnens und der Mobilität, bei der Versorgung mit Waren und haushaltsorientierten Dienstleistungen, bei der Gesundheit und Pflege und beim bürgerschaftlichen Engagement sowie der Teilhabe am öffentlichen Leben. Diese Versorgungsfragen müssen im Rahmen einer Gesamtstrategie beantwortet werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine gute Versorgung ist gerade im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern weiterhin der Ausbau der digitalen Infrastruktur mit schnellem Internet und mehr öffentlichen Internet- und WLAN-Zugängen.

Der Aussage der CDU-Bundesbildungsministerin, 5G müsse nicht überall verfügbar sein, widersprechen wir entschieden. Im Gegenteil stehen wir für eine Versorgung bis in die kleinen Dörfer, also auch an jeder Milchkanne. Deshalb darf die Bundesregierung die

Frequenzen für 5G nur verkaufen, wenn die Mobilfunkanbieter eine flächendeckende Versorgung sicherstellen.

Hier sehen wir erhebliche Chancen für alle Lebensbereiche: Beispielsweise durch den sprichwörtlichen kurzen Draht zwischen medizinischen Versorgern und Patientinnen und Patienten in deren eigenen vier Wänden und insgesamt durch das Zusammenbringen von Angebot und Nachfrage nach Versorgungsleistungen. Auch entlegene Kommunen sollen durch intelligente Lösungen, wie zum Beispiel ein ausgeweitetes Rufbus-System, am öffentlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben ihrer Region teilhaben. Innovative Treff-, Versorgungs- und Einkaufsmöglichkeiten wie „Neue Dorfmitte“, „Multiple Häuser“ oder die „Dorfladen Initiative“ wollen wir weiterhin positiv begleiten. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Älter werden in MV“ bieten zur umfassenden Frage der Teilhabe und Versorgung zahlreiche Impulse, die wir weiterhin auch auf der Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden aufgreifen und zur Erprobung und Anwendung bringen wollen.

Eine weitere Privatisierung kommunaler Betriebe und Leistungen schließen wir aus. Wo möglich, streben wir im Gegenteil die Rekommunalisierung von in der Vergangenheit privatisierter Bereiche an. Ein Beispiel der vergangenen Jahre ist die Wasserversorgung in der Hansestadt Rostock, die nicht zuletzt auf unser Bestreben hin nun wieder in Bürgerhand ist.

Gesundheitsversorgung verbessern – Gesundheitsmobile einsetzen

Die Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer großen Herausforderung. Die Weitläufigkeit unseres Flächenlandes, eine immer älter werdende Bevölkerung und ein Wettbewerb um Ärztinnen und Ärzte mit anderen Bundesländern verlangen ein rechtzeitiges Handeln der Politik. Die Verantwortung der Kassenärztlichen Vereinigung für die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung unterstreichen wir ausdrücklich. Darüber hinaus setzen wir uns als SPD für ergänzende Angebote der kommunalen Gesundheitsversorgung ein.

Ein wichtiges Angebot stellen hierbei Gesundheitsmobile dar. Gesundheitsmobile sind „mobile Beratungsstellen“ zu zentralen Fragen der Gesundheit und Pflege sowie zu sozialen Unterstützungsangeboten.

Moderne Verwaltung und bürgernaher Staat

Im Dienste eines funktionierenden Gemeinwesens stehen wir auf allen Ebenen für eine effiziente und offene Verwaltung, die sich als moderner Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger versteht, über kurze Wege persönlich, per Telefon, über Internetseiten erreichbar ist, transparent und schnell arbeitet und nachvollziehbare Entscheidungen trifft. Das Aushängeschild einer modernen Verwaltung bleiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Menschen in der Region mit hoher Sachkompetenz und einem ausgeprägten Unterstützungswillen begegnen.

Das Image verstaubter Amtsstuben muss der Vergangenheit angehören. Als SPD stehen wir für eine öffentliche Verwaltung, die sich im Zeitalter der Digitalisierung mit all ihren Verwaltungsprozessen neu aufstellt, Abläufe kritisch hinterfragt und diese für mehr Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger anpasst. Unser erklärtes Ziel in Land wie Kommune ist es, Verwaltungsdienstleistungen im Sinne einer Bürgerplattform aus einer Hand anzubieten, die unabhängig von formalen Zuständigkeiten in Kommune, Land und Bund direkte Ergebnisse produzieren. Dabei ist vor allem den besonderen Bedarfen von Familien, Berufstätigen, Menschen mit Behinderungen und ebenso Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund Rechnung zu tragen.

Etwaige Fragen von Zuständigkeiten haben (kommunale) Verwaltungen der verschiedenen Ebenen intern zu klären. Für die Einwohnerinnen und Einwohner wollen wir die Verfahren so gestalten, dass der Kontakt zu einer Verwaltungsstelle und nicht das Laufen „von Pontius zu Pilatus“ zum Ziel führt. Die Erreichbarkeit der Verwaltung werden wir durch Onlineangebote und digitale Dienstleistungen sowie das Vorhalten von integrierten Bürgerbüros, besonders in stark ländlich geprägten Regionen, gewährleisten. Mittelfristig ist es unser Ziel, sämtliche Angebote kommunaler Verwaltungen online anzubieten, um die Nutzung und Beantragung für die Menschen einfacher zu gestalten und das Arbeiten in der Verwaltung effektiver zu machen.

Außerdem wollen wir die landesweite Nutzung der Behördenrufnummer 115 verstärken und über die üblichen Öffnungszeiten hinaus anbieten. Damit reagieren wir auf die neuen Anforderungen einer gewandelten Arbeitswelt. Einfache, wiederkehrende Beantragungen wollen wir zukünftig flächendeckend – zusätzlich zur persönlichen Beantragung – auch online oder per App ermöglichen.

Im Rahmen direkter Demokratie müssen die Menschen in der Kommune sich darüber hinaus direkt und unmittelbar informieren und in die Gestaltung des öffentlichen Lebens und ihres (Wohn-)Umfeldes einbringen können. Viele Formate – wie Ortsbei- oder Stadtteilräte – haben sich in der Vergangenheit bewährt. Unser Ziel ist, dass jede

Kommune über einen gemeinschaftlich erstellten „Leitfaden Bürgerbeteiligung“ verfügt, der klare Aussagen und Zuständigkeiten für die direkte Mitbestimmung enthält. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise Forderungen nach einer Direktwahl von Ortsbei- oder Stadtteilräten, eine Vereinfachung von Einwohneranträge in kommunale Vertretungen oder auch die frühzeitige Einbeziehung bei kommunalen Bauvorhaben durch Visualisierungen und den Einsatz mobiler, begehbare „Informationswürfel“ mit multimedialer Ausstattung zu diskutieren.

Unterstützung des Ehrenamtes

Hunderttausende engagieren sich in MV ehrenamtlich: Im Sport, bei der Feuerwehr, für die Kultur, in Kommunen, für die Belange der Generationen und viele andere Bereiche. Freiwilliges Engagement ist für den Zusammenhalt von unschätzbarem Wert. Als SPD werden wir das Ehrenamt auch in Zukunft weiter stärken. Auf Landesebene haben wir durch die Einrichtung der Ehrenamtsstiftung MV, die Förderung von Mitmachzentralen für das Ehrenamt und eine Auszeichnungs- und Anerkennungskultur den Rahmen gesteckt. Mit der Einführung einer landesweit gültigen Ehrenamtskarte, die wir als SPD in den Kreisen, Städten und Gemeinden unterstützen, gehen wir einen weiteren Schritt.

Seniorenpolitische Gesamtkonzepte und

Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit

Unsere Seniorinnen und Senioren sind vielseitig interessiert, vital und engagiert. Sie sind wichtige Stützen des Ehrenamts.

Gleichzeitig bedarf gerade die ältere Generation mit ihrem Versorgungs- und Unterstützungsbedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit. Um die Teilnahme der älteren Bevölkerung in der digitalisierten Welt zu gewährleisten, fördert die SPD die Medienkompetenz der älteren Bevölkerung. In Abstimmung zwischen Land und Kommune unterstützen wir eine bessere und abgestimmte Planung des Bedarfs an stationären, ambulanten und ehrenamtlichen bzw. familiären Unterstützungs- und Pflegeangeboten im Sinne „integrierter seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“. Hierbei werden wir dem Kampf gegen Vereinsamung gerade älterer Menschen in allen Kommunen deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen.

Die erfolgreich arbeitenden Pflegestützpunkte werden wir nicht nur seitens des Landes, sondern auch kommunal weiter fördern und begrüßen die Wahrnehmung der

Wohnberatung durch die Stützpunkte als wichtiges Thema für ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben. Generell wollen wir die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten verbessern. Eines der zahlreicher Beispiele für eine solche kommunale Initiative ist die Pflege-„SoPHi“ in Greifswald.

Starke Bildung

Die beste Bildung und ein vielfältiges, anregendes Kulturangebot sind für uns als SPD entscheidend für eine lebenswerte, offene und gerechte Gesellschaft und Motor für gesellschaftlichen Fortschritt. Aus diesem Verständnis heraus arbeiten wir in unseren Städten und Gemeinden dafür, dass Teilhabe an Bildung und Kultur Priorität haben. Das gute Leben in den Städten und Gemeinden hängt dementsprechend auch vom gleichberechtigten Zugang zu Kultur- und Bildungsangeboten ab.

Schulsozialarbeit ist für uns aus dem sozialen Alltag vieler Schulen nicht mehr wegzudenken. Gemeinsam mit dem Land stehen wir als SPD auf der kommunalen Ebene für deren langfristige Sicherung und gute Arbeitsbedingungen bei der Vertragsgestaltung und Entlohnung der Beschäftigten. In Sozialräumen mit großen Herausforderungen streben wir in der Hoheit der Kommune Schwerpunkte der Schulsozialarbeit an. Auf der kommunalen Ebene werden wir als SPD die Maßnahmen zur Schulsanierung und zum Schulneubau weiter vorantreiben. Wir stehen für moderne und größere Klassenräume, in denen der normale Schulbetrieb und auch Lerngruppenarbeit sowie inklusiv-pädagogische Konzepte gute Bedingungen vorfinden.

Das Leben in der digitalen Welt erfordert das lebenslange Erlernen alter und neuer Kompetenzen. Für uns gilt dabei: Pädagogik vor Technik. Das wollen wir gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern und ebenso allen Akteuren der (Medien-)Bildung in MV erreichen. Die Schülerinnen und Schüler müssen weiter auf ein erfolgreiches und sicheres Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereitet werden. Natürlich bietet digitale Technik Chancen für einen zeitgemäßen Unterricht, birgt gleichzeitig aber auch neue Herausforderungen gerade beim Thema Didaktik, Sicherheit und dem bewussten Umgang mit eigenen, privaten Informationen. In Kommune, Land und Bund kämpfen wir als SPD in diesem Sinne gemeinschaftlich für die Ausrüstung mit der erforderlichen Infrastruktur wie Glasfaseranschlüssen für alle Schulen, digitalen Tafeln, Computern und Tablets und moderner alltagstauglicher Schulsoftware. Darüber hinaus steht für uns weiterhin die Vermittlung von kritischer Medienkompetenz gezielt im Fokus. Der Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen ländlichem und dem städtischen Raum beginnt bei der Schulentwicklung. Wir werden die kleinen Grundschulen auf dem Lande

nach Möglichkeit erhalten und wollen Lehrer*innen für Unterricht im ländlichen Raum gewinnen. Anreize hierfür könnten beispielsweise vergünstigtes Bauland in der Nähe von Schulen oder auch eine angepasste Stundenzahl für Lehrer*innen im ländlichen Raum sein.

Schule muss als demokratischer Lern- und Lebensort erfahrbar sein. Demokratiepädagogik soll daher als Querschnittsthema verstanden werden.

Vielfältige Kultur

Auf der kommunalen Ebene wollen wir Kultur stärker als bisher fördern und in den Vertretungen für gute Rahmenbedingungen für kulturelle Angebote streiten. Wir stehen für die krisenfeste Sicherung kultureller Einrichtungen und Leistungen als Teil der Identität in den Gemeinden und Kreisen. Die SPD befördert den Dialog der Kulturschaffenden und kulturpolitisch Verantwortlichen auf allen Ebenen. Mit dem Landeskulturrat, den Kreis- und Stadtkulturräten und dem jetzt von der Landesregierung gemeinsam mit dem Landeskulturrat angeschobenen Prozess für die Erarbeitung kulturpolitischer Leitlinien bietet sich die Chance eine konzeptbasierte Kulturpolitik für unser Land im Dialog aller Beteiligten und Regionen zu entwickeln. Das hat es in dieser Form bisher nicht in Mecklenburg-Vorpommern gegeben. Wir erwarten damit gleichzeitig einen verlässlichen Rahmen für die kommunale Kulturpolitik, den wir mit regionalen Kulturpolitischen Leitlinien flankieren.

Kommune für Vielfalt und gegen Gewalt

Wir kämpfen für ein deutliches Bekenntnis der kommunalen Ebene zu solchen Projekten, die die demokratische Kultur des Landes und die Vielfalt im Alltag fördern. Dies betrifft insbesondere die intergenerative Arbeit beispielsweise in Mehrgenerationenhäusern, Projekte und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie, die Förderung von queerer Kultur und schützende Institutionen wie Frauenhäuser sowie Angebote für Betroffene von Gewalt. Menschen, die sich mit friedlichen Mitteln gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus engagieren und diesen Protest auch auf die Straße tragen, sind für uns gestaltende Kräfte einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Dem Thema Integration messen wir weiterhin eine hohe gesellschaftliche Bedeutung zu. Wir werden professionelle und ehrenamtliche Integrationsangebote in den Kommunen entwickeln und unterstützen. Bei ihrer Nutzung (oder Initiierung) binden wir Menschen, die mit einer Migrations- oder Fluchtgeschichte bei uns leben, mit ein. Wir öffnen unsere Strukturen für die Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der

Migrantenorganisationen in die Planung, Durchführung und Auswertung von Integrationsmaßnahmen auf kommunaler Ebene. Durch ein gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander – und nicht durch populistische Hetzreden – lässt sich Integration tatsächlich für alle Seiten gewinnbringend gestalten.

Beteiligung und Anerkennung für Kinder und Jugendliche

Demokratie muss so erfahrbar sein, dass sie bereits im Kindes- und Jugendalter wertgeschätzt und gerne gelebt wird. Gute Beteiligungsmöglichkeiten und die Erfahrung Jugendlicher, von Politik und Verwaltung angehört und ernstgenommen zu werden, ist die Grundlage engagierten Nachwuchses und demokratischer Jugendkultur. Im Land bauen wir mit der Jugendbeteiligungsplattform unser Mitwirkungsangebot aus. Auf der örtlichen Ebene wollen wir bestehende Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendbeiräte unterstützen, und – dort, wo nicht vorhanden – auch die Einrichtung neuer Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung fördern. Jugendarbeit darf sich unseres Erachtens nicht nur am Sozialgesetzbuch orientieren, sondern sollte auch praktisch eine verpflichtende Jugendhilfeleistung der Kommunen sein. Hier werden wir uns als SPD auf kommunaler Ebene für den Erhalt bestehender und im Zuge gründlicher Bedarfsplanung auch für die Schaffung weiterer Angebote wie beispielsweise Jugendclubs einsetzen. In Form eines „Jugend-Checks“ bzw. einer „Jugend-Brille“ wollen wir in kommunalen Vertretungen dafür sorgen, dass die Folgen von Entscheidungen aus der Sicht der jüngeren Generation betrachtet und abgeschätzt werden.

Gleichstellungspolitik

Gleichstellung verstehen wir als SPD so, dass alle Menschen Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe sind. Vieles ist in den vergangenen Jahren erreicht worden, aber noch längst nicht überall sind die Geschlechter gleichgestellt. Im Sinne der „EU-Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen“ setzen wir uns auf lokaler Ebene für die Umsetzung kommunaler Aktionspläne ein. Hierbei werden wir auf die konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung, den Gleichstellungsbeauftragten, Frauenbündnissen, der queeren Community und weiteren Akteuren achten. Durch die Evaluation und Anpassung der Rahmenbedingungen von Kommunalpolitik hinsichtlich der spezifischen Bedürfnisse von Frauen, wollen wir mehr weiblichen Kommunalpolitikerinnen ein eigenes Engagement in der Kommune ermöglichen.

Mobilität und Verkehr

Die Mobilität spielt in unserem Land eine Schlüsselrolle. Wir müssen jedoch feststellen, dass in weiten Teilen des Landes außerhalb der großen Städte außer dem Schulbus keine Angebote des ÖPNV zur Verfügung stehen. Viele Gemeinden sind im wörtlichen Sinne „abgehängt“. Unser Anspruch ist es, das zu ändern. Denn gerade junge, körperlich eingeschränkte und alte Menschen trifft das besonders, da sie häufig auf den Bus angewiesen sind. Die tatsächlichen Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden, öffentlichen Mobilitätsangebotes rufen nach besonders intelligenten und effizienten Lösungen. Neben der Sicherung und besseren Abstimmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bedarf es flexibler, alternativer Lösungen, die den Menschen im ländlichen Raum eine Teilnahme am öffentlichen Leben und einen Zugang zu Versorgungsangeboten ermöglichen.

Als SPD in kommunaler Verantwortung stellen wir uns der gemeinschaftlichen Herausforderung von Land, Kommunen, Unternehmen und Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die vorhandenen Schnittstellen zwischen ÖPNV, alternativen Angeboten wie Rufbussen und Privaten bestmöglich zu gestalten. Wir wollen gegenseitige Hilfe koordinieren, die vielen guten Ansätze im Land unterstützen und weitere innovative Lösungen fördern.

Die Förderung der E-Mobilität ist für uns auch auf kommunaler Ebene wichtig. In diesem Sinne werden wir die Elektrifizierung der Angebote des ÖPNV ebenso vorantreiben wie die Schaffung guter Möglichkeiten, erneuerbare Energien an Tankstellen oder Ladesäulen möglichst flächendeckend aufzutanken.

Wirtschaft, Landwirtschaft, gute Arbeit und intakte Umwelt

Auch in den Kreisen, Städten und Gemeinden stehen wir als SPD für gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die dem Wohl der Menschen in der Region dienen. Gerade die kleinen und mittleren Handwerks- und Wirtschaftsunternehmen unterschiedlichster Branchen sind in der Fläche unseres Landes das Rückgrat von Entwicklung und Beschäftigung. Diese Unternehmen zu unterstützen, ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger die Pflicht kommunaler Vertretungen und Verwaltungen. Daher werden wir auch auf kommunaler Ebene so handeln, dass gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und attraktiven Arbeitsbedingungen erhalten bleiben und neue geschaffen werden können. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsvertretern wollen wir uns besonders für die Ansiedelung und Entwicklung von Unternehmen einsetzen, die Tariflöhne bezahlen und stehen für unsere Standards der guten Arbeit und Entlohnung

selbstredend auch als kommunale Arbeitgeber ein. Das Land MV zeigt mit dem auf unser Betreiben eingeführten Vergabemindestlohn, wie die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht. Auch für uns als SPD auf kommunaler Ebene sind die gute Entlohnung und der Verzicht auf sachgrundlose Befristungen in den Betrieben Maßstäbe für gutes Unternehmertum.

Mecklenburg-Vorpommern hat viel Platz für neue Ideen. Wir stehen als SPD in Land und Kommune für kontinuierliche Verbesserungen bei der Infrastruktur für mutige und experimentierfreudige Gründer in der Fläche sowie gründerfreundliche Kommunen. Hierbei spielt der flächendeckende Ausbau von Mobilfunk und Breitband eine zentrale Rolle. Die wachsende Gruppe der „social entrepreneurs“ (Sozialunternehmer) verfolgt bei Investitionen in erster Linie soziale Ziele und eine Stärkung der Gemeinschaft. Ihnen wollen wir bei der Ansiedlung ebenfalls helfen. Wir setzen in den Städten und Dörfern auf regionale Wirtschaftskreisläufe, weil diese die geleistete Wertschöpfung zu einem Gewinn für die Menschen in der Region machen, kurze Wege ermöglichen und Arbeit vor Ort schaffen. Wir unterstützen neue Formen des Unternehmertums, des Arbeitens und der Lebensgestaltung. In den Kommunen arbeiten wir als SPD weiter an einer Befähigung und Selbstverpflichtung zum Wirtschaften nach den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung.

Als SPD in kommunaler Verantwortung stehen wir weiterhin zum Leitbild einer modernen, umweltschonenden und marktfähigen Landwirtschaft. Der ökologische Landbau ist die nachhaltigste Form der Landwirtschaft und schont unser aller Ressourcen. Dieser Einsicht werden wir auch in der Kommune Rechnung tragen. Unser Ziel bleibt es, bei der Bewirtschaftung von Flächen den ökologischen Landbau auszudehnen und die steigende Nachfrage zu bedienen. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zum insektenfreundlichsten Bundesland machen. Dazu werden wir gemeinsam mit Naturschutzverbänden sowie Vertretern der Wissenschaft und der Landwirtschaft einen Maßnahmenplan erarbeiten und umsetzen. Oberstes Ziel muss es sein, ein Artensterben durch bauliche oder (agrar-)wirtschaftliche Eingriffe in die Natur zu verhindern und dort, wo sie verloren gegangen ist, die natürliche Artenvielfalt wieder zu erlangen. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir auch in der Kommune beschränken. Wir setzen uns für kleinteilige Strukturen ein und unterstützen auch in der Kommune den Förder-Ansatz des Landes, „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ einzusetzen. Als öffentliche Leistung verstehen wir beispielsweise die Übererfüllung von Tierschutzstandards.

Finanzierung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Basis eines starken Landes Mecklenburg-Vorpommerns sind starke, eigenverantwortlich handelnde Landkreise und Kommunen. Deshalb stärken wir ihre finanzielle Eigenständigkeit nachhaltig und statten die Kommunen zusätzlich zu ihren Eigeneinnahmen aus so aus, dass sie bei ihren Pflichtaufgaben und im freiwilligen Bereich einer modernen und zukunftsorientierten Gesellschaft gerecht werden können.

Die Einnahmen und somit Handlungsspielräume speisen sich aus gemeindlichen Steuern und aus entsprechenden Mitteln des Landes, die an die kommunale Ebene im Rahmen eines verbesserten Finanzausgleichs weitergegeben werden. Die Beteiligung am Steueraufkommen und die Aufteilung innerhalb der kommunalen Ebene gestalten wir nachhaltig, transparent, gerecht und mit Blick auf die zu leistenden Aufgaben. Zudem muss die kommunale Ebene vom Erfolg einzelner Gemeinden insgesamt profitieren können, um deren Nachbargemeinden und finanzschwache Gemeinden zu stärken. Die Finanzierung der vom Land übertragenen Aufgaben wird durch das Land sichergestellt und kommunales Geld verbleibt in den Kommunen. Die kommunale Finanzausstattung stellen wir dauerhaft sicher, um die kommunale Selbstverwaltung auch in Krisenzeiten nicht zu gefährden und um freiwillige Ausgaben, die das soziale Fundament der Kommunen bilden, nachhaltig zu ermöglichen. Wir werden das Finanzausgleichsgesetz so ausgestalten, dass es auch für Krisen gewappnet ist. Hierzu wollen wir eine auskömmliche Konjunkturrücklage schaffen.

Durch effektive Instrumente unterstützen wir die Gemeinden weiter bei der Entschuldung. Hierbei werden wir auf eine einfache und zielgerichtete Gewährung der Hilfen achten, die zumutbare Eigenanstrengungen der Landkreise, Städte und Gemeinden angemessen berücksichtigt.

So verfügen die Kommunen über finanzielle Möglichkeiten und Entscheidungsspielräume, um ihre Aufgaben der Selbstverwaltung angemessen erledigen und den berechtigten Teilhabe- und Versorgungsansprüchen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen zu können. Dies betrifft vorrangig die Bereiche Mobilität und Verkehr, Kultur und Soziales.

Entscheidungsgremien und Entscheidungsträgerinnen und -träger vor Ort müssen bedarfsgerecht und mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand gestalten können. Die überbordende Abhängigkeit von Förderprogrammen muss auf das nötige Maß reduziert werden, mit dem Ziel, den kommunalen Zusammenhalt zu fördern, zu stärken und der Rolle der Kommunen als "Wiege der Demokratie" gerecht werden zu können. Die hierdurch freiwerdenden Mittel sollen den Kommunen direkt zur Verfügung gestellt

werden. Dies reduziert Bürokratie auf beiden Ebenen und stärkt die Handlungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise.

Für Sport begeistern

Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Beeinträchtigungen, ja Menschen aller Generationen und Herkünfte treiben gern und zunehmend Sport. Sie nutzen dafür die Sportanlagen und Sportstätten der Kommunen.

Sport führt die Menschen in den Kommunen auf vielfältige Weise zusammen. Sportförderung ist auch Gesundheitsförderung.

Wir befürworten, dass die Kommunen, dort, wo es sinnvoll ist, Sportentwicklungspläne aufstellen.

Sport ist für uns ein wichtiger Bestandteil des Lebens in der örtlichen Gemeinschaft. Deshalb sollen die Möglichkeiten Sport zu treiben, durch gute Rahmenbedingungen verbessert werden.

Mecklenburg-Vorpommern im Herzen Europas

Europa ist die größte Chance, die wir haben. Dass Deutschland heute in Frieden mit all seinen Nachbarn lebt, verdanken wir zu einem erheblichen Teil der Zusammenarbeit in der EU. Europa – das ist für uns für Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und Zusammenhalt.

Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen Europas. Unser Land unterhält enge Kontakte zu unseren Nachbarn im Ostseeraum: nach Polen, nach Skandinavien, ins Baltikum und auch nach Russland. Lebendige Regional- und Städtepartnerschaften verbinden uns mit Städten und Regionen auf der ganzen Welt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen weiter auf Verständigung und Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Abschottung und Abgrenzung bringen uns nicht weiter.

Eine besonders enge Partnerschaft verbindet uns mit unserem direkten Nachbarn Polen. Ob in der Wirtschaft, in der Kultur, in der Wissenschaft, zwischen Schulen, Kommunen, Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren – auf vielen Feldern gibt es Austausch und Kooperation. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit in einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin. Davon profitiert insbesondere der Landesteil Vorpommern. Neben Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft,

Verkehr, Sicherheit und Kultur wollen verstärkt auch die grenzüberschreitende medizinische Versorgung in den Fokus nehmen.

Wir setzen auch weiter auf die Zusammenarbeit in Russland. Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, miteinander im Dialog zu bleiben. Im Rahmen der Regionalpartnerschaft des Landes mit dem Leningrader Gebiet sowie der Städtepartnerschaften wollen wir die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur weiter verstärken. Wir lassen nicht zu, dass unsere guten Beziehungen nach Russland und Polen gegeneinander ausgespielt werden. Die SPD steht für eine gute Partnerschaft mit all unseren Nachbarn im Ostseeraum.

Mecklenburg-Vorpommern und seine Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten stark von der Förderung durch die Europäische Union profitiert. Wir werden uns auf allen Ebenen für eine gute Mittelausstattung der europäischen Fonds auch in der nächsten Förderperiode einsetzen. Gerade der ländliche Raum ist auf weitere Unterstützung der Europäischen Union angewiesen.

Starke Basis –

Gemeinsam. Offen. Engagiert.

Unser Landesverband ist in den letzten 18 Monaten per Saldo um über 300 Mitglieder gewachsen. Einige Kreisverbände befinden sich mit Blick auf die Mitgliederzahlen in einem 10-Jahres-Hoch! Das bedeutet: Menschen schließen sich uns wieder vermehrt an und wollen sich für die sozialdemokratische Idee eines starken Landes, in dem es sozial gerecht zugeht und in dem es gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt, engagieren. Diese Situation empfinden wir als großes Glück, das uns dazu verpflichtet, alles dafür zu tun, diesen Menschen mit offenen Armen entgegenzutreten und ihnen ein Sinn stiftendes Engagement zu ermöglichen. Gleichzeitig wissen wir, dass wir niemals 20 Jahre lang stärkste politische Kraft des Landes geworden und dann geblieben wären, wenn dies nicht durch eine starke Mitgliedschaft getragen und immer wieder neu erkämpft worden wäre. Hierfür sind wir sehr dankbar! Die eingebrachte, aktuelle und zukünftige Leidenschaft aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – und solcher, die es noch werden wollen – verpflichtet uns dazu, die Rahmenbedingungen und unser Angebot für Beteiligung auf den Prüfstand zu stellen.

Im Rahmen vieler Zusammenkünfte innerhalb unserer Gliederungen und nicht zuletzt durch die Befragung aller Mitglieder können wir Aussagen treffen, was wir bewahren und wie wir uns verändern wollen, wo wir das Wissen unserer langjährigen Genossinnen und Genossen auf Augenhöhe mit dem frischen Mut und ideenreichen Tatendrang neuer Mitglieder zusammenbringen können, wie wir die Wertschätzung für Geleistetes erhöhen und familienfreundlicher werden, wie wir Vorhandenes besser sichtbar machen und Interessierte zusammenbringen und vernetzen, wie wir Streit in der Sache fördern und gleichzeitig den Zusammenhalt stärken, wie wir unsere Vorhaben und Ziele besser besprechen und es wieder für mehr Menschen zu einem großartigen Gefühl werden lassen, Teil der sozialdemokratischen Familie zu sein!

Mehr Informationen zentral zugänglich machen – digital und trotzdem ausgerichtet auf die persönliche Begegnung

Das Wissen um Angebote und aktuelle Prozesse ist die Grundlage für eine Beteiligung und Mitarbeit unserer Mitglieder. Da es hier Verbesserungspotenzial gibt, werden wir die Informationspolitik des Landesverbandes überarbeiten. Die Gewohnheiten der Mitglieder zur Informationsbeschaffung sind sehr vielfältig. Während einige die Push-Nachricht auf dem Smartphone bevorzugen, verfügen andere nicht über eine Mail-Adresse. Daher konzentrieren wir uns für die interne Kommunikation auf die Nutzung der Medien mit der weitesten Verbreitung. Hierzu gehören nach wie vor Webseiten, E-Mails, Messenger und Briefe.

Durch die Einführung eines regelmäßigen Newsletters an alle Mitglieder per Mail werden wir einen Überblick über anstehende Termine, laufende Debatten und Beteiligungsmöglichkeiten bieten und zudem zu Rückmeldungen einladen.

Mit der Befragung unserer Mitglieder haben wir gute Erfahrungen gemacht. Das direkte, digitale Feedback erleichtert die tagesaktuelle Meinungsbildung und sollte wiederholt eingeholt werden. So werden Stimmungsbilder sichtbar und die politische Willensbildung besser. Auch machen Befragungen einen schnelleren Austausch zwischen allen Parteimitgliedern möglich.

Durch die Nutzung einer neuen Brief-Dienstleistung der Deutschen Post („elektronische Post“), werden wir ermöglichen, Briefe an Mitglieder ohne Mail-Adresse deutlich schneller, weniger aufwendig und günstiger zu versenden. In jedem Schreiben wird erbeten, sich an der Mail-Kommunikation zu beteiligen, um das Ziel der Papierlosigkeit zu befördern.

Unsere Arbeit, die Strukturen, das ganze Erscheinungsbild der SPD MV müssen als arbeitserleichternde Ergänzung generell digitaler werden – ohne natürlich die menschliche Begegnung und gemeinsamen Treffen und Veranstaltungen in den Hintergrund zu rücken. Die Ortsvereine bilden einen Ort für unsere SPD-Mitglieder für echte Begegnungen, Diskussionen und Meinungsbildung.

Diesen basisdemokratischen Austausch wollen wir erhalten, ausbauen und unterstützen, da Sie das starke Fundament der Volkspartei SPD bilden. Mit digitalen Hilfsmitteln können wir uns leichter organisieren, Mitglieder unabhängig vom Wohnort besser einbeziehen und politische Kampagnen durchführen.

Die Webseite muss neben dem öffentlichen Informationsgehalt auch zentraler Anlaufpunkt sein, um sich einen Überblick über die verschiedenen Social-Media-Angebote zu verschaffen, Dateien abzurufen und gemeinsam politisch zu arbeiten. Mittelbares Ziel muss für uns eine eigene SPD-Plattform inklusive einer App sein, die neben Chatfunktionen, Dateimanagement, Terminverwaltung und Teamarbeit auch kurzfristiges Feedback ermöglicht. Aus Kosten- und Effizienzgründen streben wir eine gemeinsame Lösung mit dem Bundesverband und anderen Landesverbänden an.

Die Zusammenarbeit und den Austausch innerhalb der Kreisvorstände, der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise werden wir durch die Nutzbarmachung einer Telefonschaltkonferenz und perspektivisch auch einer Videokonferenz (beispielsweise „WebEx“) verbessern. Eine ortsunabhängige, aber trotzdem unmittelbare und direkte Kommunikation ist die pragmatische Antwort auf den Wunsch nach mehr Flexibilität und weniger zeitlichem, organisatorischem und finanziellem Aufwand für Anreisen.

Darüber hinaus werden wir schrittweise erproben, Veranstaltungen per Live-Stream zu übertragen, Podcasts anzubieten und dadurch mehr Menschen eine Teilnahme an politischen Prozessen zu ermöglichen.

Unterstützung von (Neu-)Mitgliedern

Die in der Vergangenheit erfolgreichen Neumitgliederseminare werden fortgesetzt. Dort wollen wir Neumitglieder begrüßen, ihnen Informationen über die Struktur und Arbeitsweise geben, ihre Wünsche und Ziele verstehen und Pläne für ein gemeinschaftliches politisches Engagement schmieden. Zur besseren Orientierung und Information der (neuen) Mitglieder werden wir eine „Wir über uns“-Broschüre mit Personen, Themen und Mitmach-Möglichkeiten erstellen. Diese wird digital zur Verfügung gestellt und nur im Bedarfsfalle als Druckerzeugnis produziert. Wir wollen die

Neumitglieder auch über das Angebot zur inhaltlichen Arbeit informieren und somit auch den AGs/AKs die Möglichkeit geben sich zu präsentieren.

Für gezielte Maßnahmen der Neumitgliedergewinnung werden die Gliederungen organisatorisch und konzeptionell unterstützt.

Mehr politische Debatten wagen

Viele Mitglieder wünschen sich mehr politischen Austausch mit Mandats- und Funktionsträgerinnen und -trägern der SPD in MV. Diesem Verlangen wollen wir Raum geben. Zu zentralen, kontroversen (Zukunfts-)Themen wollen Landesverband, Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften – bei Bedarf auch interne und nichtöffentliche – Gesprächsforen schaffen, in denen das offene Wort gepflegt und über Wegmarken der gemeinsamen Mission diskutiert wird. Das gilt auch für den Landesparteitag und für die frühzeitige und verbindliche Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaften bzw. der Mitglieder durch die Sozialdemokrat*innen in Regierung und Parlament.

Dadurch wollen wir das gegenseitige Bewusstsein für die Kooperation zwischen engagierten Mitgliedern und Funktions- und Mandatsträgerinnen und -trägern stärken sowie Vorhaben und Maßnahmen besser miteinander beraten, vereinbaren und ins Werk setzen. Hierzu ist gegebenenfalls das Werkzeug der Mitgliedervoten als starkes Element demokratischer und innerparteilicher Mitbestimmung zu nutzen. Dies entspricht unserem Anspruch eine Programmpartei zu sein.

Stärkung der Landes-Arbeitsgemeinschaften und -Arbeitskreise

Durch die Einführung eines Delegiertenmandates für jede unserer Landes-Arbeitsgemeinschaften auf dem Landesparteitag haben wir als Landesverband ein deutliches Zeichen für die Anerkennung und unmittelbare Einbeziehung der inhaltlichen Arbeit in unserem Landesverband gesetzt. Damit deren Anträge und Initiativen auch schon in der vorab tagenden Antragskommission transparent mit den Vertretern der Kreisverbände und des Landesvorstands diskutiert und ggf. gemeinsame Kompromisse erarbeitet werden können, werden sie ab sofort bei eigenen Anträgen beratend mit einer Person dort vertreten sein. Nun muss es uns gelingen, die Bekanntheit der Engagement-Möglichkeiten innerhalb der Mitgliedschaft zu erhöhen und die thematischen Angebote der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise auch öffentlich sichtbarer zu machen. Hierzu bringen sich die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise aktiv in das Gesprächsangebot der SPD gegenüber der Öffentlichkeit ein, was neben der

regelmäßigen Information der Mitglieder zu anstehenden Themen auch die Einbringung einiger regional verteilter, öffentlich beworbener Veranstaltungen umfasst.

SPD-Akademie: Politische und persönliche Bildung stärken – Kampagnenfähigkeit erhöhen

Als SPD-MV erkennen wir einen anhaltenden Bedarf an Austausch und Weiterbildung zu den unterschiedlichsten politischen Themen. Viel Wissen hierzu gibt es sowohl innerhalb unseres eigenen Landesverbandes und in den Reihen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, aber auch bei unseren vielfältigen Partnerinnen und Partnern. Gleich verteilt ist dieses Wissen – beispielsweise um die gute Praxis bei der Vorbereitung und Durchführung wiederkehrender Veranstaltungsformate – hingegen nicht. Um hier besser zu werden und alle Mitglieder und deren örtliche Strukturen teilhaben zu lassen, gründen wir eine „SPD-Akademie MV“. Nicht als Gebäude mit festem Lehrkörper, sondern als Idee und gemeinsames Vorhaben. Hierzu sammeln wir zunächst einen Pool an Mitgliedern und Partnern, die sich vorstellen können, ein eigenes Weiterbildungsangebot zu unterbreiten und erarbeiten anschließend für jedes Jahr Angebote, die dann durch die Kreisverbände, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften in den eigenen Jahresplan eingebaut werden können. Neben der Neumitglieder- und Nachwuchsförderung wollen wir dem „Frauenempowerment“ und einem breiten Bildungsprogramm für alle interessierten Gliederungen Raum geben.

Ortsvereins-Patenschaften und -Partnerschaften

Ortsvereine sind die Basis unserer Parteiarbeit vor Ort und im Land Mecklenburg-Vorpommern. An einigen Orten erleben wir, dass Ortsvereine Mühe haben, ein eigenes politisches Programm auf die Beine zu stellen. Dies führt zu Unzufriedenheit und oftmals wird dann der Ruf nach Zusammenlegung von Ortsvereinen laut. Eine Zusammenlegung sollte jedoch nicht das Mittel der Wahl sein, da anschließend auch keine zusätzlichen Mitglieder in der Region sind, die dann den eigentlich zugrundeliegenden Wunsch, mehr in der Region organisieren zu wollen, erfüllen könnten. Dabei gibt es überall in MV gute Ideen und bequem durchführbare Formate, um unsere politischen Botschaften und Personen sichtbar zu machen und zum Mitmachen einzuladen. Dieses Wissen und dieser Elan muss in anderen Regionen aufgegriffen werden. Zunächst wollen wir daher ausprobieren, ob „Ortsvereins-Patenschaften“ helfen und funktionieren können. Hierfür wollen wir unter Federführung der zuständigen Kreisvorstände und mit Unterstützung

unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger alle Ortsvereine fragen, ob und wofür sie gegebenenfalls Hilfe benötigen und ob und wobei sie vielleicht Hilfe anbieten können. Anschließend wollen wir in Auswertung der Meldungen in den örtlich zuständigen Gremien über eine koordinierte Hilfe zur Selbsthilfe sprechen. Darüber hinaus wollen wir kreisverbandsübergreifende OV-Partnerschaften anregen, um unser Blickfeld zu erweitern, Land wie Partei mehr zusammenwachsen zu lassen.

Anerkennung innovativer politischer Arbeit

Die letzten erfolgreichen 20 Jahre für die SPD MV haben gezeigt, welches Potenzial und welche Leidenschaft in den Mitgliedern der Sozialdemokratie im Nordosten stecken. Diesem riesigen Engagement, ohne das eine wirksame politische Arbeit undenkbar wäre, wollen wir mit mehr Wertschätzung und Anerkennung begegnen und einen „Engagement-Preis der SPD MV“ einführen. Hierzu werden wir in Landesvorstand und Landesparteirat eine Konzeption für einen eigenen Engagement-Preis der SPD MV ausarbeiten. In dieser Konzeption muss unter anderem beschrieben sein, wie und in welchen zeitlichen Abständen der Preis verliehen wird, welche Aktivitäten preiswürdig sind, wer der Jury unter Vorsitz der/des Landesvorsitzenden angehört, wie Vorschläge eingereicht werden können, wie sich vorgeschlagene Gliederungen auf dem Landesparteitag präsentieren.

Mehr Förderung für Frauen

Die SPD strebt die Parität von Frauen und Männern im Landtag und in den kommunalen Parlamenten an. Um speziell Frauen mehr Aufmerksamkeit und Förderung zuteilwerden zu lassen, führen wir in Kooperation mit der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“ (ASF) ein „Frauen-Mentoring-Programm“ ein, in dessen Lenkungsgruppe mindestens je eine sozialdemokratische Frau aus der Landesregierung, der Fraktion, dem Landesvorstand, der ASF und Jusos und der kommunalen Ebene vertreten sein muss. In diesem Gremium wird ein Programm-Plan entwickelt, den wir allen Sozialdemokratinnen in MV regelmäßig zur Verfügung stellen.

Fest verankert – im Bündnis für ein erfolgreiches Land

Wirksames politisches Handeln setzt einen lebendigen Austausch mit den Menschen und Organisationen voraus, die das öffentliche, wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Leben in einer Region maßgeblich gestalten. Für uns als SPD bedeutet das: Wir haben den sprichwörtlich kurzen Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Organisationen und Institutionen, die allesamt unser Land Mecklenburg-Vorpommern ausmachen. So sind wir als gestaltende politische Kraft sichtbar und ansprechbar, so erfahren wir von den drängendsten Themen und praktischen Ideen für die besten Lösungen.

Unsere feste Verankerung findet durch Aktivitäten unserer Kreisverbände, Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Mandatsträgerinnen und -träger statt, aber auch ganz individuell, indem alle unsere über 3.000 Mitglieder in der Arbeitswelt, im Familien- und Freundeskreis und auch in Vereinen und Organisationen aktiv sind und dort als Botschafterinnen und Botschafter der sozialdemokratischen Sache sichtbar und ansprechbar sind.

In einigen Regionen unseres Landes müssen wir die Voraussetzung für unser politisches Wirken „mittendrin“ noch weiter verbessern. Wir wollen unsere SPD sichtbarer und erlebbarer für unsere Mitglieder, aber vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger machen. Unsere Bürgerbüros, Fraktionsbüros, Sprechstunden, Veranstaltungen der Mandatsträger, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften wollen wir besser bemerkbar und zugänglicher machen und unsere Botschaften so einfach formulieren, dass es keine sprachlichen Barrieren gibt.

Als SPD wollen wir erste Ansprechpartnerin bei allen Problemen und Herausforderungen der Menschen im Lande bleiben – und, wo nötig, werden. Noch deutlich stärker als bisher wollen wir im festen Bündnis mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Sozialverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen arbeiten und lebhaft an der gesellschaftlichen Entwicklung mitarbeiten.

Mehr Kooperationen

Als SPD MV werden wir den Schulterschluss mit befreundeten Organisationen und Partnern in Betriebsräten, Kirchen, Sozialprojekten, (freiwilligen) Feuerwehren, Schulvereinen, Sportvereinen, Kleingartenvereinen, Ehrenamtsinitiativen,

Migrantenorganisationen, Arbeitslosenverband, Jugendclubs, Kulturstätten, Frauen- und Seniorenorganisationen / -verbänden, Bürgerinitiativen, der Queer-Community, Mietervereinen, Dorfvereinen, Landfrauen und vielen weiteren festigen und den Blick auf gemeinschaftliche Projekte schärfen.

Ein besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. An das erste Treffen des „Forums gute Arbeit“ wollen wir anknüpfen, wiederkehrend zusammenkommen und auch auf der regionalen Ebene in den Kreisverbänden verstärkt gemeinsame Projekte entwickeln. Im Rahmen von Interviewformaten mit Kooperationspartnern wollen wir im sozialen Web einen Erfahrungsaustausch und gemeinsame Bildungs- und Beteiligungsangebote sichtbar machen.

Sehr am Herzen liegt uns unsere Bündnisfähigkeit im Engagement für eine friedliche, demokratische und weltoffene Gesellschaft. Protestaktionen gegen Rechtsextreme und alle Feinde unseres solidarischen Zusammenlebens verstehen wir als gemeinschaftliche Aktionen mit unseren Partnern.

Öffentlich ansprechbar sein

Überall im Land gibt es gute, wiederkehrende Veranstaltungen und Aktionen, die durch Kreisverbände, Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erfolgreich angeboten werden. Die Menschen im Umkreis haben so die Gelegenheit, sich zu informieren und aktive Mitglieder der SPD kennenzulernen. Sorgen und Nöte können genauso angesprochen werden wie der eigene Wunsch, sich für etwas zu engagieren.

Seien es Ortsteilbegehungen mit interessierten Einwohnern, Einladungen zum „Politischen Abend(b)rot“, regelmäßiges Waffelbacken bei sozialen Vereinen und Begegnungsstätten, die Stammtische, der Storch Heinar Cup, Arbeitnehmerempfang, Zukunftswerkstätten „Meine beste Idee für unsere Stadt/ unser Dorf“, jährliche Aktivitäten wie Maiveranstaltungen, Kinder- und Sommerfeste, der Neujahrsempfang, Stände auf Weihnachtsmärkten, Osterfeuer oder jährliche Einschulungsaktionen: Viele der Ideen laufen seit Jahren erfolgreich und ließen sich auch in anderen Regionen umsetzen. Hierzu werden wir die besten Formate für mehr öffentliche Treffen und Aktivitäten in einem „Veranstaltungs-WIKI“ beschreiben, katalogisieren und eine allgemein nutzbare Marketing-Strecke zur Verfügung stellen.

Dort, wo es sinnvoll leistbar ist, wollen wir ergänzend verstärkt auf Haustürbesuche setzen und diese besondere Form des Kontakts zuvor trainieren.

SPD auf Achse

Eine in MV drängende Frage lautet: Wie lässt sich politische Beteiligung in einem Flächenland mit geringer Besiedlungsdichte ermöglichen? Gerade auf kommunaler Ebene ist es sehr fordernd, in allen rund 760 Städten und Gemeinden präsent zu sein. Begrenzte finanzielle Ressourcen verhindern, dieser Situation beispielsweise durch eine zusätzliche Struktur an Anlaufstellen und Mitarbeitern zu begegnen. Trotzdem wollen wir als SPD in der Fläche als politische Kraft präsent und ansprechbar sein, Probleme aufnehmen und Lösungen finden. Als spürbare Verbündete für eine gute Entwicklung vor Ort und um die eigene Basis an Aktiven und Unterstützern zu erhöhen.

Hierzu prüfen wir die finanziellen Möglichkeiten und die Spendenbereitschaft, um das mobile Angebot „SPD MV auf Achse“ ins Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke wollen wir ein mobiles Büro (wie zum Beispiel einen Transporter oder Hänger) in einen wiedererkennbaren Hingucker verwandeln und transportieren die Botschaft: Die SPD engagiert sich, um vor Ort zu sein und sich um die Belange der Menschen zu kümmern. Sollte eine Umsetzungsmöglichkeit bestehen, planen wir gerade in strukturell dünner aufgestellten Regionen die „SPD MV auf Achse“-Touren. In diese sind örtliche Ehrenamtliche, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Ministerinnen und Minister und weitere SPD-Multiplikatoren einzubeziehen.

Digitale Information

Menschen, die sich für die SPD interessieren und vielleicht sogar engagieren wollen, brauchen eine bequeme Möglichkeit, sich über alle Angebote zu informieren. Hierzu wollen wir weiterhin unsere Webpräsenz als zentralen Einstieg präsentieren. Dort müssen stets aktuell alle Angebote des sozialen Webs, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, weiterführende Links zu allen Gliederungen und so weiter zu finden sein. Die technische Gestaltung muss eine crossmediale Verbreitung ermöglichen, sodass auch Menschen, die keine Webseiten besuchen, sondern alle Informationen aus ihrem Social-Media-Kanal ziehen, gut auf dem Laufenden bleiben können. Auch wollen wir verstärkt die Durchführung von Onlinesprechstunden und Onlineveranstaltungen erproben und zur Regel werden lassen.

Anpackpartnerschaften

Überall in MV engagieren sich Hunderttausende in Vereinen und Verbänden – oftmals für ähnliche Dinge wie den sozialen Zusammenhalt, Kunst und Kultur oder auch ganz praktisch für die Dorfverschönerung oder Spielplatzrenovierungen. Als SPD wollen wir nicht nur politisch, sondern auch ganz handfest helfen. Im gemeinsamen Tun und gegenseitigen Helfen entsteht unseres Erachtens der wichtige Zusammenhalt, den unsere Gesellschaft braucht. In diesem Sinne wollen wir uns mit unseren Ortsvereinen als politische und auch als „Anpackpartner“ verstanden wissen. Wir vernetzen uns mit den örtlichen Vereinen und Verbänden und haben deren Herausforderungen und Hilfebedarfe stets aktuell „auf dem Schirm“. Durch eine regelmäßige Kommunikation mit den eigenen Mitgliedern, aber auch jenen der Vereine und Verbände entstehen Anlässe der gegenseitigen Unterstützung und des gemeinsamen Erfolgs. Um sich dieser Aufgabe zu stellen erarbeitet der Landesverband gemeinsam mit den örtlich zuständigen Kreisvorständen und Ortsvereinen Leitlinien zu Vorgehensweisen und Materialien.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit die erfolgreichen „Power-Tage“ Westmecklenburgs auf die Kooperation mit Partnern anwendbar sind.

Gutes und bezahlbares Wohnen für Mecklenburg-Vorpommern

In den letzten zwei Jahrzehnten ist es uns gelungen in Mecklenburg-Vorpommern attraktive Wohnumfelder zu schaffen und insbesondere die Zentren unserer Städte mit vielfältigem gesellschaftlichem Leben zu füllen. Dadurch haben wir zu einer hohen Lebensqualität in unserem Land beigetragen. Wir sehen aber auch, dass wir neue und ergänzende Herausforderungen in der Wohnraum- und Städtebauförderung zu meistern haben:

- Wir benötigen in den – zum Glück wieder – von Zuzug und Bevölkerungswachstum geprägten Städten und Regionen unseres Landes bezahlbare und sich an alle Bevölkerungsgruppen richtende barrierearme Wohnungsangebote. Das gilt für die großen Städte gleichermaßen wie für die touristischen Hochburgen unseres Landes, in denen Wohnangebote für die ortsansässige Bevölkerung und die Beschäftigten faktisch mit Vermietungsoptionen für Feriengäste, für Touristen oder der Schaffung von Zweit- sowie Ferienwohnungen konkurrieren. In dieser Konkurrenz unterliegen Wohnangebote häufig aus wirtschaftlichen Gründen.
- Ferner sind die Wohnungsmärkte der Universitätsstädte sowie die der touristischen Schwerpunkte des Landes durch überdurchschnittlich hohe Mieten angespannt. Verschärft wird die Situation in den touristischen Schwerpunkten auch durch den anhaltenden Trend einer Zweckentfremdung vorhandenen Wohnraums zu touristischen Kurzzeitvermietungen (Ferienwohnungen).
- Wissenschaftliche Studien weisen uns zudem auf deutliche Entmischungsentwicklungen in Orts- und Stadtteilen hin. Das Zusammenleben unterschiedlicher Einkommensniveaus, Altersgruppen und Menschen verschiedenster Herkunft wird gerade in den großen Städten unseres Landes seltener. Laut einer aktuellen Studie ¹ sind insbesondere die Städte Schwerin, Rostock und Neubrandenburg von dieser Entwicklung betroffen, wonach es zu unausgewogenen Quartiersbildungen kommt (Segregation).
- Gerade auch im ländlichen Raum stehen Gemeinden und Wohnungswirtschaft zum Teil noch immer vor erheblichen Altschulden aus DDR-Zeiten, die mit Nachwend-Investitionen in den Wohnraum vor Ort oft in keinem Zusammenhang stehen. Das Abtragen dieser Altschulden, aber auch die erzielbaren und vor Ort wirtschaftlich

¹Helbig, Marcel, Jähnen, Stefanie, 2018: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, Berlin.

vertretbaren Mieten machen Investitionen in die Barrierearmut und in die Attraktivität – und damit auch in die langfristige Vermietungsfähigkeit – der Wohnungen wirtschaftlich schwer, zum Teil nahezu unmöglich.

- Nach alledem ist der Wohnungsmarkt unseres Landes sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite sind die größeren Städte und touristischen Hochburgen unseres Landes von Wohnraumsuche und sich verteuernenden Wohnraummierten geprägt. Auf der anderen Seite finden wir im ländlichen Raum erhebliche Leerstände in vielen Mietwohnungsbauten.

Das langfristige Ziel der sozialdemokratischen Wohnraumpolitik muss es daher sein, diese Herausforderungen anzugehen. Die Schaffung von ausreichendem gutem und bezahlbarem Wohnraum steht für uns dabei ebenso im Vordergrund wie das soziale Miteinander in den Wohnquartieren. Wir können nicht zulassen, dass die soziale Lage eines Menschen an seiner Wohnanschrift ablesbar ist. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Wohnen wieder als ein öffentliches Gut begriffen werden, das wir nicht allein dem privaten Markt überlassen dürfen. Wir brauchen attraktive und bezahlbare Wohnungsangebote in Städten und im ländlichen Raum. Unsere Angebote müssen zudem der Ungleichheit des Wohnungsmarktes entgegentreten. Bund, Land, Kommunen und Wohnungswirtschaft stehen hier in einer gemeinsamen Verantwortung:

- Für die wachsenden Regionen mit Wohnraummangel und steigenden Mieten brauchen wir ein langfristiges Förderprogramm für den Neubau guter und bezahlbarer Mietwohnungen. Ein solches Förderprogramm muss nachhaltig angelegt sein und deshalb heute schon barrierearmen Wohnraum für die nächsten Generationen mitdenken – damit wir Geld nicht doppelt ausgeben.
- Unser Förderprogramm muss darauf angelegt sein, mit dem Bau guter und bezahlbarer Wohnungen die Vielfalt der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in allen Quartieren unserer (großen und mittelgroßen) Städte zu erhöhen. Wir wollen eine stärkere soziale Durchmischung unserer Städte erreichen.
- Die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen muss wieder möglich werden. Dafür werden wir uns in der Bundespolitik und auch auf der Ebene der Europäischen Union konsequent einsetzen. Dort, wo rechtliche Regelungen der Idee eines sozialen und öffentlich gesteuerten Wohnungsmarktes und seiner Gemeinnützigkeit entgegenstehen, müssen diese Regelungen geändert werden. Nur dann, wenn der Markt und spekulative Tendenzen politisch zurückgedrängt werden, ist eine soziale Wohnraumpolitik möglich - denn Wohnen darf man nicht alleine dem freien Markt überlassen.

- Wir brauchen darüber hinaus die Korrektur eines Webfehlers der deutschen Einheit durch den Bundesgesetzgeber, mit der die Altschuldenregelung abgeändert und die Kommunen und die kommunal wirkende Wohnungswirtschaft von diesem wirtschaftlichen Mühlstein befreit werden.
- Im ländlichen Raum ist weiterhin eine Unterstützung für den Rückbau von Wohnungen, sofern Leerstand nicht durch geeignete Maßnahmen zu beheben ist, unerlässlich.
- Insbesondere auch für die Grundzentren im ländlichen Raum benötigen wir eine Attraktivitätssteigerung des vorhandenen Wohnraums, vor allem durch mehr barrierearme Angebote, welche langfristige Vermietungen zu bezahlbaren Preisen ermöglichen. Guter Wohnraum soll für alle bezahlbar bleiben. Alle Menschen haben ein Recht auf menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen.
- Die Grundlage für guten und bezahlbaren Wohnraum ist eine ausreichend große Kontrolle über Grund und Boden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen daher öffentliches Eigentum an Grund und Boden stärken, der privaten Bodenspekulation wirksam begegnen und somit die Grundlage für eine effektive öffentliche Steuerung der Wohnraumpolitik schaffen. Dieser Paradigmenwechsel muss sich dabei auch auf die Wohnungsbauunternehmen in öffentlicher Trägerschaft sowie Genossenschaften erstrecken.
- Wenn Bauland über einen längeren Zeitraum brachliegt, müssen die Kommunen Grundbesitzer verpflichten können, zu bauen. Hierfür müssen im Bund die Voraussetzungen geschaffen werden.
- Bund, Land und Kommunen brauchen eine nachhaltige Grundstückspolitik, die nicht auf wirtschaftliche Höchstertträge abzielt, sondern die Gemeinwohlorientierung des Grundstücks verfolgt. Die Nutzung öffentlicher Grundstücke in diesem Sinne durch Dritte, insbesondere für die Schaffung guten und bezahlbaren Wohnraums, muss bei der Vergabeentscheidung sowie der Preisgestaltung entscheidend sein.
- Wohnraumpolitik als solidarische Gesellschaftspolitik darf jedoch nicht bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums stehen bleiben. Es bedarf integrativer Konzepte, die den Bogen schlagen von der Sozialplanung, über die Freiraum- und Verkehrsplanung, bis hin zur Bildungspolitik. Nachverdichtungen schaffen die Möglichkeit, die Bevölkerungsgruppen wieder stärker zu mischen. Starke öffentliche Schulen und Kindergärten sollen in allen Wohnquartieren bestmögliche Bildungschancen vermitteln. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag gegen Tendenzen sozialer Entmischung. Die Verhältnisse in den Wohnquartieren sind dabei einerseits Spiegel der sozialen Verhältnisse eines Landes, entscheiden aber zugleich über die Lebenschancen insbesondere der jüngeren Generation mit. Mit einer sozialen

Wohnraumpolitik steht daher ein zentraler Schlüssel für eine solidarische Gesellschaftspolitik insgesamt bereit.

Eine solche nachhaltige und dem Gemeinwohl verpflichtete Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum durch die öffentliche Hand kann auf verschiedene Wege erreicht werden. Der SPD-Landesverband wird deshalb spätestens bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag gemeinsam mit den maßgeblichen

gesellschaftlichen Akteuren folgende Diskussionen zu führen und hierzu Entscheidungen zu treffen haben:

- **Vorausschauende Boden- und Liegenschaftspolitik**
Aufgrund hoher Grundstückspreise werden Instrumente benötigt, die dabei unterstützen, Flächen zu leistbaren Konditionen zu erwerben. Dafür könnte die Gründung einer Landesgesellschaft, die einen gemeinnützigen Wohnbaufonds verwaltet und Liegenschaften erwirbt, dienen. Diese Flächen werden dann für Dritte bereitgestellt und über Darlehen eine Finanzierungsmöglichkeit geschaffen. Gleiche Fragen stellen sich für die kommunalen Gebietskörperschaften.
- **Erbpacht von kommunalen und Landesliegenschaften**
Die langfristige Steuerungsfähigkeit durch die öffentlichen Hoheitsträger und das Ziel einer nachhaltigen Ausrichtung der Wohnungs- und Bodenpolitik werfen die Frage auf, ob der Verkauf von Grundstücken im öffentlichen Eigentum künftig die Ausnahme und Erbpachtmodelle zumindest für die der Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum dienenden Grundstücke der Regelfall sein sollten. Neben dieser Frage des Ob bleiben verschiedene Varianten des Wie zu den Ausgestaltungsmöglichkeiten über Laufzeiten, Preise etc.
- **Belegungsbindung in attraktiven Wohnquartieren im Rahmen der Wohnraumförderung und der Bauleitplanung einführen**
Die Schaffung guten und bezahlbaren Wohnraums muss auch eine stärkere Durchmischung von Wohnquartieren im Blick behalten. In welchem Maße und zu welchem Preis sowie mit welchen konkreten Anreizsystemen dies geschehen kann, muss Gegenstand der Diskussion sein. Hierzu muss auch ein Bekenntnis der SPD mit ihren vielfältig aktiven kommunalen Vertreterinnen und Vertretern gehören, in welchem Umfang kommunale Wohnungsgesellschaften hierzu einen kontinuierlichen Beitrag leisten können.
- **Bedingungen eines Förderprogramms für eine nachhaltige und ganzheitliche Wohnraumförderung**
Das Wiener Beispiel zeigt, dass die aktuelle Förderung durch Zuschüsse keineswegs

alternativlos ist. Ob eine Förderung durch Darlehen mit sehr stark vergünstigten Zinskonditionen und sehr langen Laufzeiten eine nachhaltige und sich durch Darlehensrückläufe in dann folgenden Jahrzehnten erneut teilweise selbst refinanzierende Wohnraumförderung erreicht werden kann, bedarf einer Diskussion gerade auch mit den beteiligten Akteuren.

Gleichermaßen variieren in Europa die Zeiträume deutlich, für die im Gegenzug für eine Förderung zur Schaffung neuen guten und bezahlbaren Wohnraums Belegungs- und vor allem Mietpreisbindungen festgelegt werden. Mecklenburg-Vorpommern bindet derzeit für 20 Jahre, Wien sieht mit der Förderung für den Lebenszyklus des Wohngebäudes eine längerfristige Bindung vor. Eine Diskussionsfrage wäre daher auch, ob sich die zukünftige Förderung an der Lebensdauer der Gebäude orientieren sollte.

- **Kritische Bewertung der Regelungen über Kosten der Unterkunft zur Segregation**
Das Ziel, dass sich in den Stadt- und Ortsteilen verschiedenste Bevölkerungs- und Einkommensgruppen möglichst gleichmäßig verteilen, wird durch Regelungen über die ersatzfähigen Wohnungskosten für Bezieher von Transferleistungen beeinflusst. Ob und wie Regelungen auf Bundesebene, aber auch Umsetzungen auf Landes- und vor allem kommunaler Ebene aussehen müssen, um diese negative Katalysatorfunktion der Kosten der Unterkunft im Segregationsprozess zu verändern, wird ein wichtiger Diskussionsbaustein sein müssen.
- **Attraktives Wohnraumangebot im ländlichen Raum**
Der Wohnungsbestand in den Grundzentren des ländlichen Raums ist nur begrenzt barrierearm umgestaltet. Darüber hinaus bedürfen Teile des Bestandes noch einer erstmaligen Grundsanierung, andere teil- oder vollsanierte Immobilien gehen auf die zweite notwendige Sanierung zu. Das vor Ort übliche Mietniveau stellt die Wohnungswirtschaft dabei vor Herausforderungen, wenn hieraus umfassende Sanierungen refinanziert werden sollen. Dies erfordert einen Diskussionsprozess, welches Mietniveau jeweils regional als vertretbares gutes und bezahlbares Mietniveau angesehen werden kann. Es bedarf zudem einer Betrachtung, welcher Ausbauzustand in Quantität und Qualität erreicht, welche Aufwände hierfür – unter Berücksichtigung von Skaleneffekten – erforderlich sein werden unter Gegenüberstellung der erzielbaren Einnahmen und der Erwartungen an Kommunen und Wohnungswirtschaft für eigene Beiträge und Bemühungen und welche Organisationsstruktur für diese Prozesse wohnungswirtschaftlich erforderlich scheint.
- **Gewinnung von unterschiedlichen Wohn- und Eigentumsformen**
Um die soziale Durchmischung zu erreichen, bedarf es vielfältiger Wohn- und

Eigentumsformen, insbesondere in den Neubauvierteln. Durch eine gezielte Schaffung von Wohneigentum auf durch Rückbaumaßnahmen in den vergangenen Jahren geschaffenen freien Flächen können bislang unterrepräsentierte Bevölkerungs- und Einkommensgruppen für die stark segregierten Stadtteile interessiert werden.

Diese Punkte sollen in den kommenden Monaten diskutiert werden, damit wir uns mit konkreten Maßnahmen zum Thema gutes und bezahlbares Wohnen positionieren können.

Es liegen jedoch nicht alle Zuständigkeiten im Gestaltungsspielraum des Landes und der Kommunen. Deswegen reicht es nicht aus, einen Antrag auf Landesebene zu beschließen, sondern wir müssen dieses Thema auch stärker in den bundespolitischen Fokus rücken. Zu diesem Zweck wird der SPD Landesvorstand beauftragt, einen entsprechenden Antrag für den nächsten Bundesparteitag vorzubereiten.

A 1

Antragsteller*innen: AfA MV; Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Arbeitsschutz durchsetzen

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, die gesetzlichen Regelungen zum Arbeitsschutz (z. B. Arbeitsschutzgesetz, Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Arbeitszeitgesetz) in Mecklenburg-Vorpommern lückenlos umzusetzen und Verstöße von Seiten der Arbeitgeber konsequent zu bestrafen sind.

Die SPD-Landtagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und der SPD-Landesvorstand werden daher aufgefordert, Maßnahmen zur Stärkung der Gewerbekontrollen und des Arbeitsschutzes in enger Abstimmung mit den DGB-Gewerkschaften und der AfA zu entwickeln.

Der Antrag wird an die SPD-Landtagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung weitergeleitet.

A 2

Antragstellerin: Projektgruppe Digitalisierung

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Sicherheit im Wandel zur Arbeitswelt 4.0

Wir fordern gerade mit Blick auf den unmittelbar bevorstehenden digitalen Wandel in der Arbeitswelt, den auf Bundesebene mit dem Qualifizierungschancengesetz (<https://karrierebibel.de/qualifizierungschancengesetz/>) eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen und die Beratungs- und Fördermöglichkeiten zur Weiterbildung insbesondere für Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter auszubauen.

Hierfür streben wir die Errichtung einer zentralen Agentur für Weiterbildung – dies kann auch durch die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Weiterbildung geschehen – mit Beratungs- und Fördermöglichkeiten für Unternehmen und Arbeitnehmer an, damit die langfristige Aufgabe, den digitalen Wandel in der Arbeitswelt zu begleiten, für Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen durch einen professionellen Ansprechpartner begleitet werden kann.

Zudem wollen wir neben der Einführung eines Anspruchs auf Weiterbildung – auch unabhängig vom konkreten Arbeitsverhältnis oder der konkreten Tätigkeit. den Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung.

Die Vorbereitung auf eine zunehmend digitalisierte Arbeits- und Berufswelt braucht gut vorbereitete Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Wir wissen, dass die Vermittlung digitaler und kommunikativer Kompetenzen in allen Schularten Investitionen in die technische Ausstattung und die Ausbildung und Qualifikation der Lehrkräfte voraussetzt. Wir fordern daher eine schnelle Umsetzung des zur Finanzierung dieser Aufgaben im Bundeskoalitionsvertrag versprochenen Digitalpakts und ein verpflichtendes langfristiges Finanzierungsengagement des Bundes für diese wichtige Langfristaufgabe.

A 3

Antragstellerin: SPDqueer; KV Schwerin

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Gesundheitsversorgung

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass für die Beamt*innen in Mecklenburg-Vorpommern das „Hamburger Modell“ zur Krankenversicherung eingeführt wird.

A 4

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

12€ flächendeckender Mindestlohn

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Forderungen des SPD-Sozialstaatskonzepts nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 12€ ohne Ausnahmen aus. Wir unterstützen sämtliche sozialdemokratische Bemühungen auf allen Ebenen, um das Ziel der 12€ so schnell wie möglich zu erreichen. Dazu gehören explizit die Vorstöße auf Bundesebene, aber auch die auf europäischer Ebene zur Einführung eines europäischen flächendeckenden Mindestlohns von 60% des nationalen Medianeinkommens. Darüber hinaus bemühen wir uns im Land um eine Steigerung des Medianeinkommens in Mecklenburg-Vorpommern durch:

1. Stetige Erhöhung des Vergabemindestlohns,
und
2. Stärkung der Tarifverträge und Tariflöhne.

A 5

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Sanktionsfreie Grundsicherung

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt das neue Sozialstaatskonzept der Bundespartei. Darüber hinaus fordern wir als SPD Mecklenburg-Vorpommern die generelle Sanktionsfreiheit der Grundsicherung und die Erhöhung der Grundsicherung auf ein soziokulturelles Existenzminimum.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt auf dem Bundesparteitag sämtliche Bemühungen zur Abschaffung der Sanktionen und Erhöhung der Grundsicherung auf das soziokulturelle Existenzminimum.

Gleichzeitig erteilen wir dem sogenannten "Bedingungslosen Grundeinkommen" eine klare Absage.

AU 2

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Welthandel solidarisch und nachhaltig gestalten

Die SPD MV unterstützt zukünftig nur noch Handelsabkommen,

- die jeweils höchsten Umwelt-, Sozial- und Arbeitsmarktstandards verbindlich und einklagbar einhalten
- die keine Sonderklagerechte für ausländische Investoren beinhalten.
- die Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Müllabfuhr in öffentlicher Hand sichern und Privatisierungen nicht begünstigen.
- die nicht alle Dienstleistungen pauschal liberalisieren (Negativlisten-Ansatz), wenn sie nicht explizit ausgenommen sind.

- deren Verhandlungsmandat vom Europäischen Parlament diskutiert und beschlossen wurde.
- deren Verhandlung vollständig transparent erfolgt ist, was insbesondere die zeitnahe Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente beinhaltet.

B 1

Antragstellerinnen: SPDqueer MV; AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

LSBTIQ* als verbindlicher Bestandteil der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte

Die SPD-Fraktion im Landtag sowie die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle pädagogischen Fachkräfte wie Lehrer*innen, Erzieher*innen oder in der Jugend- und Sozialarbeit Tätige im Rahmen ihrer Ausbildung oder ihres Studiums verpflichtend zum Themenfeld sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und Antidiskriminierung auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit qualifiziert werden.

B 2

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Antrag: „Lehrer*innenbildung verbessern und ausbauen! - Lehrer*innen motivieren und unterstützen! - Gute Schule in Land ermöglichen und sichern!“

Die (Welt-)Gesellschaft befindet sich in den vergangenen Jahrzehnten in einem grundlegenden Wandel. Dazu gehören u.a. klima-, sicherheits- und migrationsbedingte Fragen genauso wie die Digitalisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Die Schule des 21. Jahrhunderts ist diesen Entwicklungen ausgesetzt und muss sie zugleich als Anforderungen annehmen, um Kinder und Jugendliche zeitgemäß und zukunftssicher zu bilden. Das stellt alle Bundesländer vor enorme Herausforderungen, die durch den

bestehenden und über die nächsten Jahre anhaltenden bundesweiten Mangel an Lehrer*innen noch gesteigert werden. Als Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern haben wir in den vergangenen Jahren bewusst im Bildungsbereich Verantwortung übernommen, um trotz widriger Bedingungen eine gute Schule für alle Kinder und Jugendlichen zu gestalten. Bei vielen Themen sind wir erfolgreich vorangekommen und haben wesentliche Entwicklungen vorangebracht. Die schulpolitische Diskussion über die sozialdemokratische Schule des 21. Jahrhunderts werden wir in den kommenden Jahren weiterführen. Aktuell und mittelfristig ist eine gute Schulbildung durch den bestehenden und langfristig anhaltenden Lehrkräftemangel im Land grundlegend gefährdet und muss deshalb zentral in unseren politischen Fokus rücken. Durch unsere mehrjährige Regierungsverantwortung ist uns bewusst, dass wir grundlegend handeln müssen. Die bundesweite Konkurrenz um Fachkräfte verschärft die Situation. Vor diesem Hintergrund wird die SPD M-V entsprechend ihrer Möglichkeiten als Partei und Fraktion sowie in der Regierung, alle Maßnahmen ergreifen, um kurz-, mittel- und langfristig genügend junge Menschen für den Lehrer*innenberuf zu gewinnen, ein erfolgreiches und hochwertiges Lehramtsstudium an unseren Hochschulen und ein attraktives Referendariat im Land zu ermöglichen sowie tätige Lehrer*innen durch gute Arbeitsbedingungen zu motivieren und zu unterstützen. Um den grundlegenden Wandel des Schulsystems gut und politisch nachhaltig gestalten zu können, muss die Mitbestimmung im Schulbereich personell und inhaltlich ausgebaut werden und das Bildungsministerium personell verstärkt werden.

Alle für Bildung in der SPD Verantwortlichen werden beauftragt, gemeinsam und zeitnah einen gezielten Austausch über die folgenden und weitere Lösungsmöglichkeiten für den Mangel an Lehrer*innen mit der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Landeselternrat, Landschüler*innenrat, u.a.) sowie der Bevölkerung zu organisieren. Die Ergebnisse dieser Diskussionen fließen in einen Pakt für „Gute Schule in M-V“ ein, der das Personalproblem inhaltlich und finanziell glaubhaft und öffentlich wahrnehmbar löst und damit zugleich die Reformaufgaben Inklusion und Digitalisierung mit deutlich mehr Personalressourcen erfolgreich gestaltet.

Unsere Ziele für einen schnellen und attraktiven Weg in einen attraktiven Beruf als Lehrer*in sind:

1. die grundlegende Reform und Stärkung sowie der Ausbau der Lehrer*innenbildung an unseren bestehenden Hochschulen
2. die zeitliche, organisatorische und inhaltliche Verbesserung des Referendariates sowie des Berufseinstieges
3. die Entlastung und Würdigung der aktuell tätigen Lehrer*innen
4. die Entwicklung und Einführung eines guten Seiteneinstiegs in den Lehrer*innenberuf.

Konkret werden folgende Maßnahmen schnellstmöglich ergriffen:

a. Studium, Referendariat und Übergänge

1. Werbung für den Beruf, bereits in Schulen, stärken
2. Stärkung der Lehrer*innenbildung an den bestehenden Hochschulen des Landes durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Erhöhung der Zahl der Mitarbeiter*innen (max. 8 SWS) in allen Studienbereichen des Lehramtsstudiums zur besseren Auswahl und Begleitung von Studierenden, der Stärkung des Praxisbezuges und für lehramtspezifische Lehrveranstaltungen in den Fachwissenschaften (-> eigenständige „Lehramtsstudienwege“ durch die Universitäten) sowie personelle Stärkung der verwaltenden Organisationsstrukturen
3. Aufstockung der Kapazitäten für Studienplätze an beiden Universitäten, Abschaffung von Studienzugangsbegrenzungen (-> NC) sowie Ausweitung der studierbaren Lehramtsfächer mit Bedarf
4. formale und zeitliche Passung zwischen Studium und Referendariat erhöhen
5. Nachqualifizierung der Lehrer*innen im Seiteneinstieg an Schulen inhaltlich und organisatorisch so verbessern, dass eine möglichst zeitnahe Qualifikation und Bezahlung entsprechend der Standards für regulär ausgebildete Lehrer*innen möglich wird (-> Priorität: berufsbegleitender Vorbereitungsdienst) sowie eine Beschäftigung auf unbefristeten Stellen
6. Weiterentwicklung des Instituts für Qualitätsentwicklung zu einer „Lehrer*innenakademie“, die ein modulares Aus- und Fortbildungsprogramm für Seiteneinsteiger*innen, Referendar*innen und sich weiterqualifizierende Lehrer*innen anbietet und dabei mit den Universitäten und freie Schulen kooperiert

b. Schulsystem

7. Einstellungsverfahren zwischen Ministerium, Schulämtern und Schulen/Schulleitungen verbessern
8. Senkung der Arbeitsbelastung durch Reduzierung der Aufgaben neben dem Unterricht
9. Gesundheitsmanagement ausbauen
10. Möglichkeiten der Digitalisierung für eine Steigerung der Qualität von Schule, die Entlastung und die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer*innen (stärker) nutzen

Folgende Maßnahmen werden schnellstmöglich geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt:

a. Studium, Referendariat und Übergänge

1. Erweiterung der studierbaren Fachrichtungen um Physik, Biologie, AWT, Sozialkunde, Informatik und Prüfung der Einführung von Chemie und Latein, Einrichtung eines Grundschullehramtes sowie Ausbau der sonderpädagogischen Ausstattung an der Universität Greifswald
2. Reform des Prüfungssystems, u.a. durch Abschaffung der Regelprüfungstermine
3. Einführung eines schulstufenbezogenen Lehramtes Sek I/II, eines sonderpädagogischen Hauptfaches in den Regellehrämtern und eine Erhöhung der Anteile der Fachdidaktik, Bildungswissenschaften und Praxisphasen durch Senkung der fachwissenschaftlichen Ausbildungsanteile
4. Aufbau je einer Lehramtsfakultät mit Ressourcenverantwortung und Steuerungsrechten in der Lehrer*innenbildung an den Universitäten HRO und HGW
5. studienbegleitende Einbindung von Studierenden in die Arbeit an Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, (u.a. im Team-Teaching) ab 6./7. Fachsemester nach dem Studium relevanter Ausbildungsinhalte, unterstützt durch eigenes „Busnetz“ aus Uni-Städten zu Schulen (-> kombinierbar mit Praktikant*innen und Referendar*innen)
6. Übernahme möglichst aller Lehramtsabsolvent*innen mit Studienabschluss in den Schuldienst in Form eines unbefristeten Arbeitsvertrag (E13/Stufe 1) im Rahmen eines „flexiblen Berufseinstiegs“ mit frei wählbarem Zeitpunkt für die 2. Staatsexamensprüfung, gestuft ansteigender Pflichtstundenzahl und einer Verrechnung mit Wartezeit bei der Verbeamtung in Verbindung mit Begleitveranstaltungen zur bedarfsgerechten Qualifizierung über einen Zeitraum von vier Jahren
7. rechtliche Möglichkeiten zur Übernahme von Referendar*innen ohne Ausschreibung (-> Übernahmegarantie) schaffen

b. Schulsystem

8. Grundschullehrer*innen mit E13/A13 bezahlen
9. Anhebung der Altersgrenze für die Verbeamtung auf 45 Jahre
10. Bezahlung aller Überstunden in dem Sinne, dass jede weitere Stunde besser als die vorherige bezahlt wird und die erste Überstunde höher als die letzte Pflichtunterrichtsstunde
11. Bindung und Werbung von zukünftig zu verrentenden oder bereits verrenteten Lehrer*innen durch „Rentenbonus“

12. Einführung von Lebensarbeitszeitkonten zur Verbuchung von Überstunden, die zudem vom Land mit einem Bonus versehen werden und flexibel (u.a. zeitnahe Auszahlung, Sabbatical, flexibler Berufsausstieg) von den Lehrer*innen verwendet werden können
13. Senkung der Arbeitsbelastung durch Reduzierung der Anzahl der Pflichtstunden
14. Ausstattung der Schulen für Situation des zeitlich flexiblen Personaleinsatzes, d.h. 1. Ausstattung von Verantwortlichen an Schulen mit Anrechnungsstunden, die Praktikant*innen, Referendar*innen, Vertretungslehrkräfte, Seiteneinsteiger*innen und Tandem-Arbeitsstudierende in die jeweilige Schule und ihre Aufgaben einführen und begleiten sowie 2. die Erstellung von „Unterrichtsbüchern“ je Fach und Schuljahr mit gesammeltem Planungswissen der Lehrkräfte einer Schule als Vorlage für „temporäre Kolleg*innen“ organisieren.

B 5

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Ressourcen gezielt einsetzen – gleiche Bildungschancen für alle Kinder schaffen

Die SPD-Mitglieder in der Landesregierung und im Landtag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass um im Land Mecklenburg-Vorpommern die unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen der Schulen bei ihrer Ausstattung berücksichtigen zu können und so mehr Verteilungsgerechtigkeit bzw. eine bedarfsgerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erreichen, ein Sozialindex konzeptionell erstellt und erhoben wird.

B 6

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Raumerlass überarbeiten – Demokratie stärken

Die SPD MV setzt sich für eine sofortige Überarbeitung der „Richtlinie für die Überlassung/Nutzung von Hochschulräumen, -grundstücken, und -einrichtungen für Veranstaltungen, die nicht Veranstaltungen der Hochschulen sind“, einem Erlass des Kultusministeriums vom 30. August 1995, der dafür sorgt, dass politische Hochschulgruppen und Parteien keine Räume an Hochschulen zur Nutzung überlassen bekommen, ein. Der Erlass soll so geändert werden, dass auch (partei-)politische Hochschulgruppen die Räume in Hochschulen wieder für ihre Veranstaltungen nutzen können, und das auch kostenfrei.

B 8

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Ausgestaltung eines Landesprogrammes Schulsozialarbeit

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für die Implementierung eines Landesprogrammes Schulsozialarbeit aus. Dieses soll einen Dreiklang aus finanzieller Sicherheit, qualitativer und quantitativer Verbesserung und Ausbau der Ausbildung (Fachkräfte) für die Schulsozialarbeit in M-V beinhalten.

Folgende Eckpunkte sind Grundlage des Landesprogrammes Schulsozialarbeit:

I. Finanzielle Sicherheit

- Sichere, unbefristete Arbeitsverträge für Schulsozialarbeiter*innen.
- Tarifliche Bezahlung der Schulsozialarbeiter*innen gemäß TV-L bzw. TVöD bei einer Eingruppierung von mindestens E 10
- Ziel ist der Erhalt aller bisherigen Stellen, die Entwicklung eines Konzeptes zu personellen Standards und ein bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit. An

jeder Schule soll ein Angebot von Schulsozialarbeit vorgehalten werden. Zur Umsetzung dieser Ziele ist die Finanzierung der Personalkosten aller Stellen und deren Dynamisierung ab dem Jahr 2022 durch ESF-Mittel bzw. Landesmittel sicherzustellen.

- Im Vorgriff auf das Landesprogramm streben wir an, ab dem Jahr 2021 im Rahmen der Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Landkreisen/kreisfreien Städten 100 Prozent Tariflohn zu verankern.
- Arbeitgeber sollen Träger (Wohlfahrtsverbände oder Vereine) oder Kommunen sein.

II. Qualitative Verbesserung

- In einem partizipativen Prozess wird das Sozialministerium gemeinsam mit dem Bildungsministerium und der kommunalen Ebene, den Gewerkschaften und dem Fachverband Schulsozialarbeit auf Basis vorhandener Standards einheitliche Qualitätsstandards für die Arbeit der Schulsozialarbeit entwickeln. Ziel ist die Etablierung multiprofessioneller Teams unter Beteiligung der Schulsozialarbeit sowie eine verbesserte Kooperation zwischen Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit.
- Die Schulsozialarbeit wird auch begrifflich in den Ausführungsgesetzen des Landes zum SGB VIII verankert. Im Schulgesetz erfolgt ein ergänzender begrifflicher Hinweis zur Schulsozialarbeit.
- Schulsozialarbeiter*innen sollen in die jeweilige Schulkonferenz und weitere Schulgremien als beratendes Mitglied eingebunden werden. Grundsätzlich gilt: Themenbereiche, die die Schulsozialarbeit betreffen, sollen nur im Benehmen mit der Schulsozialarbeiter*in entschieden werden. Ein Weisungsrecht der Schulleiter*in gegenüber den Schulsozialarbeiter*innen besteht nicht.
- In sozial-schwierigen Lagen sollen kommunale Netzwerklösungen initiiert und unterstützt werden. Ziel ist eine definierte Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit und anderen Ansprechpartner*innen/ Institutionen In diesen Sozialräumen soll eine erhöhte Zuweisung von Sozialarbeiter*innen erfolgen. Im Vorgriff auf das zu entwickelnde Landesprogramm Schulsozialarbeit soll in diesen Sozialräumen eine erhöhte Zuweisung von Schulsozialarbeiter*innen modellhaft in allen Landesteilen ab 2020 erfolgen.
- Die Schulsozialarbeit darf sowohl in den Schulen als auch durch die Arbeitgeber*innen nur im originären Arbeitsbereich für Schulsozialarbeit entsprechend der Qualitätsstandards eingesetzt werden.

III. Aus-, Fort- und Weiterbildung

- Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Fachkräfte für den Bereich der Schul- und Jugendsozialarbeit soll eine Professur für Sozialpädagogik/Schulsozialarbeit und ein Masterstudiengang Schulsozialarbeit an der Universität Rostock geschaffen werden. Diese soll auch Aufgaben im Bereich der Fort- und Weiterbildung übernehmen. Des Weiteren bedarf es der Schaffung von verlässlichen Strukturen an der Hochschule Neubrandenburg im Bereich der Berufspädagogik für die Soziale Arbeit.

B 9

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Für einen landesweiten Mindestpersonalschlüssel

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern spricht sich für die Einführung eines landeseinheitlichen Mindestpersonalschlüssels in unseren Kindertageseinrichtungen aus. Dieser soll im Rahmen eines mehrjährigen Stufenplanes auf ein Niveau erhöht werden, dass das Kindeswohl und gute Arbeitsbedingungen sichert. Um dieses Ziel zu erreichen, muss in einem ersten Schritt der Bedarf an zukünftigen Fachkräften analysiert, die bestehende Ausbildungsplatzplanung angepasst und entsprechende Kapazitäten an den privaten und öffentlichen Schulen des Landes geschaffen sowie die Ausbildung von Berufsschulpädagoginnen und Berufsschulpädagogen in M-V forciert werden. Gleichzeitig muss die Attraktivität des Erzieherberufes im Land erhöht werden. Dazu zählt unter anderem die Abschaffung des Schulgeldes an privaten Schulen für alle Sozialen Berufe, so wie es die SPD-geführte Landesregierung bereits für die Pflegeberufe getan hat.

Mit der aktuellen KiföG-Novelle wird dafür ein wichtiger Schritt in diese Richtung gegangen. Das Land beteiligt sich nach Umstellung des Finanzierungssystems mit mehr als 50% an den tatsächlich anfallenden Kosten im Bereich Krippe, Kita, Hort und Tagespflege. Die SPD M-V begrüßt zudem die Einführung einer landeseinheitlichen Gemeindepauschale. Damit unterstreichen wir, dass uns jedes Kind in jeder Gemeinde gleich viel wert ist.

Wir streben die Verankerung eines gesetzlichen Mindestpersonalschlüssels an. Dieser soll durch den Erlass einer Landesverordnung zur Regelung eines einheitlichen Mindestpersonalschlüssels näher ausgestaltet werden, sofern ein Landesrahmenvertrag

zwischen den Kreisen, kreisfreien Städten und Trägern von Kindertageseinrichtungen bezüglich eines Mindestpersonalschlüssels nicht innerhalb von zwei Jahren nach diesem Landesparteitag zustande kommt. Unsere kommunalen Vertreterinnen und Vertreter werden aufgefordert, sich auf der örtlichen Ebene dafür einzusetzen, dass weitere Schritte in Richtung eines landesweit einheitlichen Personalschlüssels gegangen werden können.

B 10

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Mitbestimmung und Qualifikation an Hochschulen fördern

Die SPD M-V wird sich in Partei, Fraktion und Regierung dafür einsetzen, dass das Landeshochschulgesetz bzw. das Personalvertretungsgesetz M-V so novelliert wird, dass

1. Personalstellen an Hochschulen mit dem Ziel der Qualifikation (Promotion und Habilitation) bei der erstmaligen Besetzung auf mindestens drei Jahre befristet werden.
2. bisher nicht vertretene Menschen in Arbeitsbeziehungen zu den Hochschulen (studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, Promovierende/Habilitierende, Lehrbeauftragte) durch den Personalrat ohne Antrag der Betroffenen vertreten werden können.
3. die Hochschulen rechtlich in die Lage versetzt werden, befristete Beschäftigungsverhältnisse zum Übergang in neue Beschäftigung (Haushaltsstellen, Drittmittelstellen, Stipendien) an den Hochschulen bereit zu stellen.
4. sachgrundlose Befristungen minimiert werden.
5. die Personalvertretung an Hochschulen, inklusive Gesamtpersonalratsvorstand für seine Arbeit freigestellt wird; den Arbeitsstellen der Beschäftigten ist befristet Kompensation bereitzustellen.

B 11

Antragstellerin: ASF

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Ausbildung für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen schaffen

Der Bundesparteitag möge beschließen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in das Ausbildungscurriculum für Gynäkologinnen und Gynäkologen die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen aufzunehmen ist. Grundsätzlich sollen alle Medizinstudierende Kenntnisse über Schwangerschaftsabbrüche in der Ausbildung erhalten.

B 12

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der „dualen“ Erzieherausbildung für 0 – 10-jährige in Mecklenburg-Vorpommern

1. Die 2017 neu eingeführte „duale“ Erzieherausbildung für 0 – 10-jährige hat sich grundsätzlich als ein Erfolgsmodell zur Beseitigung des Fachkräftemangels in Kindertagesstätten herausgestellt.
2. Zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung dieser Ausbildung ist es erforderlich, die Auszubildenden mittelfristig nicht im Fachkräfteschlüssel anzurechnen, sondern extra mit den Kostenträgern zu vereinbaren (wie z.B. in der Pflegeausbildung).
3. Zur Durchführung der praktischen Ausbildung in den Kindertagesstätten ist eine ausreichende Anzahl an Mentoren mit entsprechenden Zeitanteilen nötig.
4. Zur weiteren Bedarfsdeckung durch und Qualifizierung von sog. Quereinsteiger*innen (Berufswechsler) soll mit dem Ziel einer berufsbegleitenden Qualifizierung zum staatlich anerkannten Erzieher geprüft werden, ob entsprechend gesetzliche Voraussetzungen im KiföG M-V sowie strukturell geschaffen werden können.

5. Die schulische und praktische Ausbildung soll im Land Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig unter wissenschaftlicher Begleitung evaluiert werden.
6. Zur Gewinnung weiterer Fachkräfte wird die Prüfung empfohlen, ob weitere bislang rein schulisch angebotene Ausbildungsberufe ebenfalls „dual“ ausgebildet werden können (z.B. Heilerzieher, gelernte Altenpflegehelfer, Erzieher speziell für den HzE-Bereich).

B 13

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Inklusion im Schulgesetz

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird sich in Partei, Fraktion und Regierung dafür einsetzen, dass inklusive Bildung gestärkt wird. Dafür werden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Bei der Novellierung des Schulgesetzes bleibt die weitest mögliche gemeinsame Unterrichtung aller Kinder das Ziel schulischer Bildung. Förderung außerhalb der Lerngruppe ist eine ausschließlich pädagogisch zu begründende Ausnahme.
2. Alle Maßnahmen entsprechend der beschlossenen „Inklusionsstrategie“ werden unter den Vorbehalt einer gelingenden Bildung für alle Kinder gestellt. Dafür wird im Schulgesetz die wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Evaluation aller Maßnahmen im Jahr 2023 festgeschrieben. Unter Beteiligung von Eltern, Schüler*innen und Gewerkschaften wird insbesondere unter Beachtung der Bildungsverläufe/-ergebnisse von Schüler*innen sowie der Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte über die Weiterentwicklung von Inklusion in M-V entschieden.“

B 14

Antragstellerin: AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Unterstützung des kulturpolitischen Leitlinienprozesses und Mitgestaltung

Wir, die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützen ausdrücklich das Vorhaben und Vorgehen des SPD-geführten Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in Zusammenarbeit mit dem Landeskulturrat, kulturpolitische Leitlinien für unser Land in einem dialogischen Prozess zwischen Politik, Verwaltung, Kunst- und Kulturschaffenden/ Kulturinstitutionen und Kultureinrichtungen zu erarbeiten.

Als Regierungspartei stellen wir uns gleichzeitig der Verantwortung für die Umsetzung der Vorschläge und Diskussionsergebnisse im aktuellen Leitlinienprozess. Dazu gehört auch die Antwort auf die Frage, welche Ressourcen für die Umsetzung zur Verfügung stehen.

Ein Ziel des aktuellen kulturpolitischen Leitlinienprozesses muss es sein, dass das Land, die Landkreise und die Kommunen gemäß Artikel 16 der Landesverfassung, kulturpolitisch noch intensiver zusammenarbeiten. Als wichtig erachten wir deshalb verlässliche, dauerhafte und regelmäßige Kommunikationsstrukturen zwischen den genannten Ebenen.

Darüber hinaus muss Kulturförderung ressortübergreifend organisiert werden. Eine interministerielle Zusammenarbeit in Form einer Arbeitsgruppe erscheint zwingend notwendig.

Wir halten an dem Ziel einer transparenten, strukturierten und gleichzeitig flexiblen Kulturförderung und einer entlastenden Förderpraxis fest.

Ziel ist eine deutliche Vereinfachung und Entbürokratisierung der Förderverfahren, u.a. durch angemessene Pauschalsätze bei Organisations- und Produktionskosten. Die kulturelle Projektförderung muss zukünftig so ausgestaltet werden, dass bei geringen Fördersummen bis 50.000 Euro keine aufwendigen Prüfungen mehr erfolgen müssen. Fachliche Expertise sollte bei Förderentscheidungen stets leitend sein.

Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 muss nun eine jährliche Dynamisierung der Personal- und Betriebskosten verankert werden, um damit eine Anpassung an die allgemeinen Gehalts-, Honorar- und Kostensteigerungen den Einrichtungen der Musik- und Jugendkunstschulen, der Landesverbände, der soziokulturellen Zentren, um nur einige zu nennen, gewährleisten zu können.

Unter dem Leitgedanken „Gute Arbeit im Kulturbereich“ werden wir uns besonders mit Aspekten der haupt- und ehrenamtlichen Personalsituation im Kulturbereich beschäftigen. Damit wirken wir nicht zuletzt dem Fachkräftemangel im Kulturbereich entgegen.

B 15

Antragsteller: Ortsverein Schwerin-Südstadt; KV Schwerin

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Kostenlose Schülerbeförderung zu allgemeinbildenden Schulen

Der Landesverband spricht sich dafür aus, dass zukünftig alle Schüler*innen von allgemeinbildenden Schulen kostenlos zu ihrer sogenannten örtlich zuständigen Schule fahren dürfen.

B 16

Antragstellerin: Jusos MV, AfA MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Studierendenwerke stärken

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern unterstützt aktiv die Förderung der Studierendenwerke im Mecklenburg-Vorpommern. Zurzeit studieren ca. 37.319 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Unter den Studierenden befindet sich ein Anteil von fast 15% internationalen Studierenden. Die erhöhte Anzahl von Studierenden und auch gerade von internationalen Studierenden stellt nicht nur die Hochschulen vor neue Herausforderungen, sondern auch die Studierendenwerke die ein zentraler Akteur im Bereich Soziales, Wohnraum und auch Verpflegung sind. Insgesamt wird die Studierendenschaft diverser, was eine erfreuliche Entwicklung ist, doch stellt diese die Studierendenwerke vor einer enormen Herausforderung. Als SPD wollen wir jegliche Hürden abbauen, die Menschen daran hindern könnte ein Studium aufzunehmen, denn für uns ist der Zugang zu Bildung ein Menschenrecht. Dabei ist es wichtig die soziale

Perspektive auf Hochschulen in der öffentlichen Debatte, in den Vordergrund zu rücken. Denn nur so können Hochschulen gerecht gestaltet werden. Dabei ist die soziale Infrastruktur ein zentrales Thema bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Die Studierendenwerke sind hierbei das Rückgrat der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen. Von Wohnraum, über hochschulische Infrastruktur, bis hin zu Studienfinanzierung gibt es eine ganze Menge Baustellen, die Studium für eine diverse Studierendenschaft mit vielfältigen Lebensläufen und Bildungsbiographien zum Hürdenlauf werden lassen. Damit Studierende sich wieder auf ihr Studium konzentrieren können muss einiges getan werden.

Wohnraum:

Studierende geben einen erheblichen Teil ihres Geldes für Wohnraum aus. Der enge Wohnungsmarkt in den Hochschulstädten hat auch Einfluss auf die Wohnheime. Bedarf an Wohnheimplätzen steigt, besonders unter ausländischen Studierenden. Während für deutsche Studierende 10% den Bedarf erfüllen kann, liegt der Bedarf bei ausländischen zwischen 50 und 75%. Der Bau zusätzlicher Plätze ist also auch vor dem Hintergrund der Internationalisierung erforderlich. Als Land müssen wir die Studierendenwerke aktiv unterstützen, wenn es um den Bau und auch die Instandhaltung von Wohnheimen geht. Dabei sollte die Zielmiete bei Neubauten sich an den Wohngeldzuschuss des BAföG orientieren. Damit das realisiert werden kann, bedarf es Zuschüssen vom Land. Zurzeit gibt es bei den öffentlichen Förderungen nur die Möglichkeit Zuschüsse des Landes zu erhalten, wenn man Sozialen Wohnungsbau plant. Sozialer Wohnungsbau entspricht aber nicht in allen Punkten dem Bau von Studierendenwohnheimen. Daher muss ein eigenes Programm zur Förderung von Studierendenwohnheimen geschaffen werden. Auch anteilige zinslose Darlehen mit einer langen Laufzeit können helfen. Das reicht aber allein nicht aus.

Dafür setzen wir uns ein:

- Eine Wohnheimabdeckungsquote von mind. 15 %
- Zielmieten bei Neubauten von nicht mehr als 325,- Euro
- Anteilige zinslose Darlehen mit langer Laufzeit zur Schaffung von neuem Wohnraum
- die Überlassung kostenfreier Liegenschaften durch Land und Kommunen an die Studierendenwerke für die Bebauung mit Studentenwohnheimen.
- Einrichtung eines Hochschulsozialpakts wie es das Deutsche Studentenwerk fordert

Mensa:

Gute, gesunde und nachhaltige Verpflegungsangebote, die sich alle Studierenden leisten können, sind ein zentrales Anliegen an soziale Infrastruktur. Denn ohne eine gute und ausgewogene Ernährung lernt es sich nun mal nicht gut. Eine gute und ausgewogene Ernährung darf dabei nicht vom Geldbeutel abhängen. Knapp 75% der Studierenden nutzen die Verpflegungsangebote der Studierendenwerke an den Hochschulen, die in Mensen und Cafeterien möglichst gute und günstige Ernährungsangebote bieten sollen. Seit 2008 sind die Kapazitäten der Studenten- und Studierendenwerke (z.B. Zahl der Tischplätze) zwar um 14% gewachsen, bleiben aber weit unter dem Zuwachs bei den Studierenden (+ 45%). Ein großer Teil der Mitarbeiter*innen der Studierendenwerke arbeitet in dem Bereich der Gastronomie. Hier liegt also bei den Studierendenwerken ein großer Teil der Personalkosten. Aktuelle Verhandlungen über Tarifverträge und Erhöhung dieser sind demnach ein großer Kostenfaktor. Hier wollen wir die Studierendenwerke mehr unterstützen. *Denn natürlich möchten wir gute Tarifabschlüsse für die Mitarbeiter*innen, aber diese sollen nicht einhergehen mit einer Erhöhung des Semesterbeitrages.*

Dafür setzen wir uns ein:

- Gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter*innen
- Mindestens 30% der Gerichte unter 2€
- Personalkostenentwicklungen werden mit vom Land abgedeckt
- Orientierung an die studentischen Bedürfnisse in Bezug auf Kapazitäten und Öffnungszeiten
- Volle Finanzierung beim Neubau von Mensen
- Einrichtung eines Hochschulsozialpakts

Sozialbereich:

Nach einer Studie des Deutschen Studentenwerks haben 96% der Studierenden mindestens einen Bereich in ihrem Studium oder ihres Studienalltags, in dem sie Fragen oder Probleme haben. Am häufigsten werden die Themengebiete Stress, Erschöpfung, Prüfungsängste und Leistungsdruck genannt. Aber auch das Thema Studienfinanzierung und Fragen zum Nebenjob sind unter den Studierenden virulent. Hinzu kommen Beratungen für internationale Studierende und behinderte und/oder chronisch kranke Studierende. Insgesamt spiegelt die Themenvielfalt der Beratungsangebote die immer diverser werdende Studierendenschaft wider. Dieser positive Trend führt auch dazu, dass

Beratungsangebote einem ständigen Prozess der Spezialisierung unterliegen müssen, um mit den Veränderungen mithalten zu können. Diese Kosten werden zurzeit großteilig über die Studierendenbeiträge bei den Studierendenwerken und teilweise über einen Verwaltungskostenbeitrag von Seiten der Hochschule finanziert. Im Endeffekt bezahlen Studierende, die aufgrund eines neoliberalen Bildungssystems, das durch Konkurrenzdruck und Optimierungslogiken einen Großteil des Beratungsbedarfs selbst produziert, ihre Beratungen selbst. Die Nachfrage nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten wächst, was zwangsläufig zu Kapazitätsproblemen führt, denn Beratungen können nicht in jedem beliebigen Raum stattfinden, sondern brauchen Räumlichkeiten, die den vertraulichen Umgang ermöglichen. Hinzu kommt eine dauerhafte Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter*innen, um auf die dynamische Problementwicklung in der Studierendenschaft reagieren zu können. Zurzeit sind viele Beratungsangebote mit Kapazitätsproblemen konfrontiert.

Dafür setzen wir uns ein:

- Finanzielle Förderung des Sozialbereiches auch durch das Land
- Mehr Personalstellen in dem Bereich Soziales
- Verminderung der Wartezeiten für eine Beratung

Überweisung an Landtagsfraktion und an den AK Wohnen

D 1

Antragstellerin: AGS

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD spricht sich dafür aus, dass auf Initiative der SPD die Landesregierung eine Bundesratsinitiative startet.

Inhalt dieser Initiative sollen die folgenden Punkte sein:

- a) Die Wertschöpfung durch die Verwendung digitaler Daten der Bevölkerung und Unternehmen muss fiskalisch erfasst und in das Steuersystem aufgenommen werden.
- b) Die Datennutzer müssen verpflichtet werden, von sich aus in regelmäßigen Abständen Rechenschaft über die Verwendung persönlicher Daten abzulegen. Diese Berichterstattung muss transparent, verständlich und vollständig sein.

Hierzu sind die nötigen Gesetzesgrundlagen zu schaffen und ein Kontrollmechanismus ist einzuführen.

Überweisung an die Projektgruppe Digitalisierung

E 1

Antragsteller: AK Energie

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Für unsere Kinder und Enkel –

Die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich weiterentwickeln

Die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich voranzubringen ist für uns kein Selbstzweck. Eine erfolgreiche Energiewende ist unser Beitrag dazu, Mecklenburg-Vorpommern lebenswert für zukünftige Generationen zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen. Eine erfolgreiche Energiewende ist unser Beitrag für wirtschaftliches Wachstum und Unabhängigkeit von Energieimporten, ist ein Garant für soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Eigenständigkeit.

Kein vernünftiger Mensch wird heute mehr den menschengemachten Klimawandel in Zweifel ziehen. Zu erdrückend sind die Fakten, die Klimawissenschaftler gesammelt haben. Überschwemmungen, Stürme, Dürren und Feuersbrünsten weltweit fordern zahlreiche Menschenleben und verursachen Schäden in Milliardenhöhe. Bereits heute ist der Klimawandel eine der größten Fluchtursachen weltweit. Auch darum ist eine erfolgreiche Energiewende gut investiertes Geld. Jeder Euro für die Energiewende hilft, die Folgekosten des Klimawandels für künftige Generationen deutlich zu senken.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig auch der Ausbau unserer Wirtschaftskraft und Schaffung gutbezahlter, innovativer Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. Unser natürlicher Reichtum an Wind, Sonne und Biomasse hilft uns dabei, den eigenen Energiebedarf mehr und mehr erneuerbar zu decken und perspektivisch gerade für energieintensive Industrien und für die Ballungsräume in unserem direkten Umfeld zum Energielieferanten zu werden.

Vom Gesamtenergiebedarf des Landes wird zurzeit bereits ein Drittel aus erneuerbaren Energien bereitgestellt. Die positive Entwicklung der Energiewende im Land hat die SPD durch die Einrichtung eines Energieministeriums entscheidend gestärkt und vorangebracht. Bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele sind wir auf einem guten Weg. 2017 wurden in M-V bereits 11,4 Terrawattstunden Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt – Tendenz steigend. Seit 2013 deckt das Land seinen eigenen Strombedarf rechnerisch zu 100% aus erneuerbaren Energien. Aber: Wir stehen erst am Anfang der Energiewende.

Das Erreichte ist noch kein Grund zum Ausruhen. Wenn wir Kohle, Öl, Gas und die in den nächsten Jahren vom Netz gehenden Atomkraftwerke als Energiequellen ersetzen

wollen, müssen wir die Potentiale der erneuerbaren Energien konsequenter nutzen. Für uns ist klar, dass die Energiewende nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen kann.

Wir wissen, dass es Bedenken gegen die Umsetzung der Energiewende gibt. Mit dem Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz hat Mecklenburg-Vorpommern als erstes Bundesland die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Wertschöpfung aus Windparks auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden zu Gute kommen kann. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten bei der Planung derartiger Anlagen greift das Gesetz zeitverzögert – aber es greift. Zusammen mit der Einführung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen sind wir Vorreiter beim Thema Akzeptanzsteigerung von Windenergie.

Für uns Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich hieraus folgende Ziele, die wir auf kommunaler Ebene ebenso wie auf Landesebene und im Bund gemeinsam vorantreiben wollen:

- Energiewende ist immer auch Menschen-, Natur- und Klimaschutz. Wir haben nur eine Erde, die wir schützen müssen. Die Erderwärmung, ist inzwischen die Hauptursache für das Artensterben. Unwetter und insbesondere Hitzewellen werden mehr und mehr zu einer Gefahr für unsere eigene Gesundheit. Das Klima zu schützen bedeutet am Ende, uns selbst und unsere Art und Weise zu Leben zu schützen. Denn die Erderwärmung wird als Gefahr für Mensch und Natur so auch zur größten Gefahr für soziale Gerechtigkeit. Darum ist eine aktive Klimaschutzpolitik mit einer konsequenten Fortführung der Energiewende auch ein klar sozialdemokratisches Thema. Wir setzen uns daher für ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene ein, das wir im nächsten Schritt konsequent landespolitisch begleiten werden.
- Unser langfristiges Ziel ist es, den Jahresenergieverbrauch des Landes komplett aus erneuerbaren Energien und damit emissionsfrei zu decken. Dabei sind wir offen für neue Technologien und setzen auf einen Energie- wie Technologiemix. Wir benötigen weiterhin den Ausbau der Erneuerbaren Energien und halten an den Zielen Energiepolitischen Konzeption der Landesregierung aus dem Jahr 2015 fest. Um diese Konzeption weiterzuentwickeln werden wir Ausbaukorridore bis 2030, 2040 und 2050 ebenso definiert wie die notwendigen Speicherkonzepte und Schnittstellen der Sektorenkopplung.
- Windenergie an Land ist die stärkste Säule der Energiewende. Sie wird derzeit in Mecklenburg-Vorpommern auf weniger als 0,7 Prozent der Landesfläche erzeugt. Wir wollen, dass die Windenergie dort, wo es rechtlich zulässig ist, auch genutzt werden

kann. Unbillige Härten, bspw. durch Umfassung ganzer Ortschaften durch Windparks, sind unbedingt zu vermeiden. Wir nehmen berechtigte Sorgen ernst. Wir brauchen eine einheitliche Genehmigungsbasis für Erneuerbare Energien, insbesondere Wind und Solarenergie, die sowohl die Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern und Naturschutz als auch Investitions- und Planungssicherheit angemessen berücksichtigt.

- Gerade in einem dünn besiedelten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern können Erneuerbare Energien ihre Vorteile bei dezentraler Nutzung besonders gut ausspielen. Denn der Vorteil der Erneuerbaren Energien ist die Möglichkeit der dezentralen Erzeugung. Wir werden deshalb nicht nur großtechnische Lösungen vorantreiben, sondern insbesondere auch lokale Lösungen auf privater oder genossenschaftlicher Basis in unsere Überlegungen einbeziehen. Mit dem Energiedorfcoaching haben wir im Land gute Erfahrungen gemacht, deshalb werden wir auch weiterhin Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende unterstützen. Wenn Energiegewinnung, Wertschöpfung und Energieverbrauch vor Ort stattfinden, reduziert das nicht nur den Bedarf an Speichern und Netzkapazitäten, sondern erhöht auch die Akzeptanz der Energiewende vor Ort.
- Unsere Verteil- und Übertragungsnetze sind in den vergangenen Jahren bereits erheblich ausgebaut und modernisiert worden. Besonders Menschen im ländlichen Raum, dort wo die erneuerbaren Energien besonders stark ausgebaut wurden, haben hierdurch höhere Netzkosten. Wir werden uns auf Bundesebene daher weiter für ein Finanzierungsmodell des Netzausbaus einsetzen, bei dem nicht nur die Kosten für die Stromautobahnen, sondern auch für die Verteilnetze bundesweit verteilt werden.
- Gut die Hälfte des Energiebedarfs in Mecklenburg-Vorpommern wird als Wärme benötigt. Wir werden Maßnahmen zur ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Steigerung der Energieeffizienz im Altbaubestand sowie energieeffizienten Neubau weiter sozialverträglich vorantreiben. Kraft-Wärme-Kopplung mit seiner deutlich besseren Energiebilanz ist auch für Privathaushalte möglich. CO₂-neutrale Innovationen wollen wir hierbei unterstützen. Fernwärmenetze und Wärmepumpen, die Produktionsspitzen der Erneuerbaren Energien als Wärme nutzen, wollen wir durch geeignete Rahmenbedingungen in ihrer Entwicklung unterstützen, ebenso den Ausbau der Geothermie.
- Wenn ab ca. 2020 für bestehende EEG Anlagen die Förderung ausläuft brauchen wir eine Anschlussregelung. Wir werden deshalb die Suche nach neuen Nutzungskonzepten für Anlagen der Erneuerbaren Energien aktiv unterstützen. Dies gilt insbesondere für Bioenergieanlagen in MV die auch zukünftig ein wichtiges Standbein für die Energiewende belieben müssen. Zudem werden wir im Bund darauf

hinwirken, dass marktverzerrende direkte wie indirekte Subventionen für fossile Energieträger abgeschafft werden. Wir wollen stattdessen eine funktionierende CO₂-Bepreisung.

- Vielen Vorbehalte gegen die Energiewende können wir mit besserer Information und mit mehr Transparenz begegnen. Die Beratung und Information unterschiedlichster Zielgruppen muss daher konsequent fortgeführt und ausgebaut werden. Mit der Landesenergie- und Klimaschutzagentur haben wir bereits einen handlungsfähigen Akteur vor Ort, der sowohl die Wirtschaft als auch Privatpersonen als Zielgruppen hat und weiter ausgebaut werden soll. Für eine erfolgreiche Energiewende werden wir auch andere Akteure wie Kommunen, Verbände sowie Kammern in die Informations- und Beratungsarbeit einbeziehen. Zu speziellen Themen wie bspw. der genossenschaftlichen Nutzung Erneuerbarer Energien müssen wir geeignete Kommunikations- und Beratungsinstrumente gemeinsam mit weiteren Akteuren aufbauen.
- Die Energiewende hat in den vergangenen Jahren bereits große technologische Fortschritte erzielt. Gerade bei der Frage der Speicherung von Energie sowie der ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Kopplung der einzelnen Sektoren gibt es aber noch einen erheblichen Forschungsbedarf. Wir wollen den Übergang von der Forschung und Prototypenentwicklung in die reguläre Produktion gezielt fördern und dadurch Wertschöpfungsketten in Mecklenburg-Vorpommern stärken. Dazu wird aktuell an einem Windenergiecluster gearbeitet. Wir wollen Pilotprojekte im Bereich der Sektorenkopplung für Mecklenburg-Vorpommern, bei denen wir praktisch überprüfen können, wie wir im Interesse der Menschen in unserem Land die Energiewende so effizient und günstig wie möglich bewerkstelligen können. Hierfür fordern wir entsprechende Rahmenbedingungen der Bundesebene. Wir sprechen uns zudem für ein Offshore-Testfeld aus, das es uns ermöglicht, die lange Tradition der maritimen Wirtschaft in M-V zukunftssicher mit der Energiewende zu verknüpfen.
- Mit der Modernisierung bestehender Windkraftanlagen fallen aus alten Anlagen zunehmend Sonderabfälle etwa in Form alter Rotorblätter an. Gleichzeitig sind in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien häufig Bauteile verbaut, die Stoffe enthalten, die in Ländern mit geringen Umwelt- und Sozialstandards gewonnen werden. Wir werden daher Verfahren und Forschungsvorhaben unterstützen, die auf eine Wiederverwertung der verbauten Rohstoffe abzielen und eventuell anfallende Sonderabfälle einer fachgerechten Entsorgung zuführen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Bauteile und die darin enthaltenen Rohstoffe in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien auch bei Bezug aus dem EU-Ausland unter Einhaltung europäischer Umwelt- und Sozialstandards produziert werden

- Durch die Förderung von Inventionen und Kampagnen zu Energieeinsparung, Energieeffizienz und Klimaschutz konnten Unternehmen und Kommunen erfolgreich unterstützt werden. Diese Förderung aus EU-Mitteln werden wir in der neuen EU-Förderperiode ab 2021 Ausbauen und Weiterentwickeln. Dabei werden wir unter anderem für eine verstärkte Förderung von Projekten im Bereich Energiespeicherung und Sektorenkopplung eintreten.

Die SPD ist und bleibt die entscheidende politische Kraft, wenn es um die sinnvolle und erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern geht. Unser Erfolg bei der Energiewende wird darüber entscheiden, ob wir den Wohlstand in Mecklenburg-Vorpommern für künftige Generationen sichern und mehren können. Unser Erfolg entscheidet darüber, ob die Generationen der Enkel und Urenkel genauso gut wie auch wir werden leben können. Eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie, immer und überall im Land, wird ein Garant für soziale Gerechtigkeit in Mecklenburg-Vorpommern sein und uns ermöglichen, weiterhin eine Zukunft aus eigener Kraft aufzubauen. Für dieses Ziel steht die SPD wie keine andere Kraft in Mecklenburg-Vorpommern!

ÄE 3

Antragstellerin: AfA MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Strukturwandel sozial gestalten und finanzieren

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, dass die im Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“) vorgeschlagenen Maßnahmen zügig umgesetzt werden. Ein Ziel der Ausgestaltung muss es dabei sein, dass der Kohleausstieg wie im günstigsten Fall im Bericht vorgesehen, bis spätestens 2035 abgeschlossen ist. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der Prozess des Kohleausstiegs regelmäßig auf Möglichkeiten zur Beschleunigung geprüft wird. Sollten soziale Härten vermeidbar und Versorgungssicherheit gegeben sein, wollen wir einen schnelleren Kohleausstieg bereits bis zum Jahr 2030 erreichen. Um die Finanzierung des Ausstiegs sozial gerecht gestalten zu können, setzen wir uns dafür ein, dass die besonders Vermögenden und Bezieher*innen hoher Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung des Gemeinwohls im Allgemeinen und des Strukturwandels im Besonderen herangezogen werden.

Daher fordern wir die SPD-Landtagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung, den SPD-Landesvorstand und den Parteivorstand der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass der Spitzensteuersatz angehoben und die Vermögenssteuer in verfassungsgemäßer Weise wieder erhoben wird. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes soll dabei mindestens die zu erwartenden Ausfälle durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ausgleichen.

Der Antrag wird beschlossen und an die SPD-Landtagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung sowie den SPD-Bundesparteitag weitergeleitet.

F 1

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Gerechte Besteuerung von Flugreisen

Die SPD MV setzt sich dafür ein, dass eine Kerosin-Steuer geschaffen wird, welche einerseits die steuerliche Bevorzugung von Flugreisen im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln beendet und andererseits die negativen Folgen für Mensch und Natur und die externalisierten Kosten des Fliegens in den Kerosinpreis einbezieht.

G 1

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung

Die SPD Mecklenburg - Vorpommern setzt sich für eine geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung ein. Wir wollen, dass der offizielle Schriftverkehr der Verwaltung geschlechtsneutrale Begrifflichkeiten verwendet. Sollten geschlechtsneutrale Begrifflichkeiten nicht möglich sein, so soll mit dem Gendersternchen (*) gearbeitet werden. Das Ziel soll es sein, die Verwaltung erst in der geschlechtergerechten Sprache zu schulen und sie dann schrittweise einzuführen.

G 2

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Parité Gesetz Mecklenburg-Vorpommern

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern befürwortet ein "Parité"-Gesetz zur geschlechtergerechten Besetzung des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern. Hierfür bitten wir die SPD Landtagsfraktion und die SPD geführten Ministerien, sowie die Ministerpräsidentin, ein solches Gesetz zu bearbeiten und schnellstmöglich mit dem Koalitionspartner zu beraten und umzusetzen.

Sollte es keine parlamentarischen Mehrheiten geben, so erklärt die SPD Mecklenburg-Vorpommern ein solches Gesetz zu einer Koalitionsbedingung für einen möglichen Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode.

Überweisung an Landtagsfraktion

G 3

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Verbot der Konversionstherapie - jetzt sofort!

Wir fordern, dass jedwede Maßnahmen die eine (vermeintliche) Veränderung der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität oder Orientierung hervorrufen sollen, verboten und unter strafrechtliche Verfolgung gestellt werden sollen. Dies gilt insbesondere, wenn hiervon Minderjährige betroffen sind.

Des Weiteren sollen auch alle Verbreitungen von Aussagen oder die Verbreitung von Medien, welche die Möglichkeit einer solchen „Konversionstherapie“ suggerieren, strafrechtlich verfolgt werden.

Zuletzt fordern wir die Bundesärzt*innenkammer auf, allen Ärzt*innen die Approbation zu entziehen, welche solche „Therapien“ anbieten, durchführen, planen, vorbereiten oder wissentlich dulden.

G 4

Antragstellerin: SPDqueer

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Queere Beratungs- und Unterstützungsstruktur sichern!

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zu einer funktionsfähigen und bedarfsgerechten Beratungs- und Unterstützungsstruktur für LSBTTIQ*-Personen in Mecklenburg-Vorpommern.

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, zur Sicherung des Fortbestandes der bestehenden sowie zur Unterstützung einer Wiederherstellung verlorengegangener Strukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern mindestens zwei Vollzeitstellen (Sozialpädagogen oder Berater*innen mit vergleichbarer Qualifikation) zusätzlich zu schaffen.

G 5

Antragstellerin: SPDqueer MV; AfB MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Landesaktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie konsequent und schnell umsetzen!

Die SPD-Landtagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der 2015 beschlossene „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ eine konsequente und schnellstmögliche Umsetzung erfährt. Bis zum vorgesehenen Bilanzierungstermin 2021 ist eine weitest mögliche Realisierung bzw.

zumindest die begonnene Umsetzung der Maßnahmen in allen Handlungsfeldern sicherzustellen.

Die dafür benötigten finanziellen Mittel und personellen Ressourcen sind im bedarfsgerechten Umfang bereitzustellen.

| 1

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Wahlalter 16 - Jetzt!

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich neuerlich zur Herabsetzung des aktiven Wahlalters für Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern auf 16 Jahre.

Wir unterstützen alle demokratischen Initiativen und Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich für die Einführung des Wahlalters 16 einsetzen.

Wir halten dessen Einführung weiterhin zur nächsten Landtagswahl für möglich, wenn die im Landeskoalitionsvertrag vorgesehene Volksbefragung zeitnah umgesetzt und die erste Abstimmung zur Einführung des Wahlalters mit 16 unverzüglich danach durchgeführt wird.

| 2

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Legalisierung Containern

Die SPD MV setzt sich dafür ein, dass das sogenannte „Containern“ legalisiert wird.

| 3

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Wahllisten erweitern

Die SPD MV spricht sich dafür aus, dass bei Listenwahlen auf Bundes- Landes- oder kommunaler Ebene die SPD grundsätzlich eine Liste mit so vielen Kandidierenden aufstellt wird, wie Mandate (im Wahlbereich) zu vergeben sind.

| 4

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Neue Drogenpolitik

Der Konsum von Rauschmitteln ist eine uralte Kulturtechnik, die das Leben der Menschen schon immer begleitet hat. Die SPD MV setzt sich für eine neue Drogenpolitik, die legalen Konsum von gesellschaftlich breit anerkannten Drogen ermöglicht und gleichzeitig die staatlichen Aufsichtsbehörden den Verbraucher- und den Jugendschutz stärkt. Deswegen setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene für folgende Punkte ein:

1. In breiten Teilen der Bevölkerung wird Cannabis als Rauschmittel konsumiert. Die bisherige Praxis eines Verbots von Verkauf und Konsum wird durch den Staat schon längst nicht mehr konsequent durchgesetzt. Dies führt dazu, dass es bei weit verbreitetem Konsum keinerlei wirksame Maßnahmen zum Schutz der Konsument*innen und keinerlei fiskalische Maßnahmen zur Steuerung des Konsums gibt. Gleichzeitig ist bekannt, dass der verantwortliche Konsum von Cannabis aus medizinischer Sicht weniger schädlich als der von Alkohol ist. Wir erkennen diese Realität an und wollen daher den Konsum und den staatlich lizenzierten Verkauf von Cannabis an Personen über 18 Jahre ermöglichen. Dabei werden wir die Erfahrungen in anderen Ländern, wie den Niederlanden oder Kanada, in die konkrete gesetzliche Ausgestaltung miteinbeziehen.

2. Um die Abhängigkeit der Konsument*innen zu stärken, haben die Produzenten von Rauschmittel in der Vergangenheit oft abhängigkeitsverstärkende Zusatzstoffe ihren Produkten zugesetzt bzw. die Dosis der wirksamen, Rausch auslösenden Substanzen erhöht. Diese verbraucherfeindliche, raubtierkapitalistische Geschäftspraxis wollen wir durch ein konsequentes Verbot von Zusatzstoffen, die Festlegung und stetige Anpassung von Grenzwerten, die auf aktuellen medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, und ein engmaschiges Netz staatlicher Qualitätskontrollen verhindern.
3. Als eine wirksame Maßnahme des Jugendschutzes sind wir für ein konsequentes Verbot von Werbung für alle Rauschmittel (Alkohol, Tabak, Cannabis) im öffentlichen Raum. Wir treten für Verhandlungen mit großen Internetkonzernen ein, um dieses Verbot auch auf ihren digitalen Angeboten umzusetzen.
4. Ein Problem des Jugendschutzes aber auch des Schutzes von drogenabhängigen Personen ist die hohe Verfügbarkeit insbesondere von alkoholischen Getränken im Einzelhandel. Gleichzeitig stellen wir fest, dass besonders zu Stoßzeiten nicht in allen Fällen, wo das erforderlich ist, eine Alterskontrolle stattfindet. Wir sind daher für die Einrichtung spezialisierter Geschäfte zum Verkauf von Rauschmitteln, die einer besonderen staatlichen Kontrolle unterliegen und einer staatlichen Lizenz bedürfen. Mit Ausnahme von Bier, Wein und Schaumwein sollten alle alkoholhaltigen Getränke, sowie alle Tabak- und Cannabisprodukte nur in diesen lizenzierten Geschäften im Einzelhandel erhältlich sein. Zugang zu diesen Geschäften darf nur Personen ab 18 Jahren gewährt werden. Das dort im Verkauf eingesetzte Personal muss eine Fachkunde in der Beratung zu Rauschmitteln, ihrer Wirkung und möglichen Abhängigkeiten aufweisen. Ein Verkauf von Rauschmitteln an Personen, die starke Symptome von Suchtkrankheit zeigen, ist dem Personal untersagt.
5. Eine Möglichkeit zur Steuerung des Rauschmittelkonsums ist die Erhebung entsprechender Verbrauchssteuern. Die aktuelle Besteuerung von alkoholischen Getränken muss daher überprüft und geändert werden. Ziele sind dabei eine Vereinheitlichung der Besteuerung anhand des Alkoholgehaltes und die Festsetzung eines Mindeststeuerbetrages für brandweinhaltige Getränke. Denn die Preise für brandweinhaltige Getränke sind im Hinblick auf die Suchtprävention aktuell deutlich zu niedrig. Auch die Besteuerung von Tabak- und Cannabisprodukten sollte (weiterhin) möglichst transparent und einheitlich sein. Die Höhe der Steuern sollte sich insgesamt an den Kosten der Rauschmittelsucht im staatlichen Gesundheitswesen orientieren.
6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschmittelsucht sind eine möglichst frühzeitige Aufklärung über die Gefahren der Sucht und wirksame Präventions- und

Hilfsangebote. Diese müssen auskömmlich finanziert und flächendeckend erreichbar sein. Dazu zählen auch Angebote für betroffene Arbeitnehmer*innen direkt in den Betrieben. Im Rahmen der arbeitsmedizinischen Untersuchungen sollte mehr Augenmerk auf Diagnose und Behandlung von Suchtkrankheiten gelegt werden. In den Schulen setzten wir uns für eine Behandlung der Thematik in einer Weise ein, die verantwortungsvollen Konsum ermöglicht und unterstützt, ohne die Gefahren der Sucht zu verschweigen. Eine einseitige Fokussierung auf die Gefahren und holzschnittartiger, abschreckender Kampagnen – wie in der Vergangenheit üblich – wird hingegen nicht zur Minderung der Sucht führen. Auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen und Folgen der Sucht müssen eine stärkere Rolle im Unterricht und der öffentlichen Debatte spielen.

Überweisung an AK Bundespolitik

15

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Das Kinderzimmer ist kein Casino – Lootboxen verbieten

Die SPD MV setzt sich dafür ein, dass kostenpflichtige Zusatzinhalte in Computerspielen, bei denen vor Transaktion nicht feststeht, welcher Inhalt tatsächlich erworben wird (Lootbox) verboten werden.

K 1

Antragstellerin: SPDqueer

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Ansprechpersonen für LSBTTIQ*-Belange in den Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte

Die SPD-Kreistagsfraktionen und SPD-Landrätinnen und -Landräte der Landkreise sowie die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass in allen Kreisverwaltungen und der Stadtverwaltung Rostock – sofern noch nicht wie z. B. in der Stadt Schwerin erfolgt – Ansprechpersonen für die Belange von LSBTTIQ* benannt werden.

K 2

Antragsteller: Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Antrag: Direktwahl von Bürgerinnen und Bürgern für Ortsteilvertretungen

- 1) Die SPD MV spricht sich für eine Direktwahl der Mitglieder der Ortsteilvertretungen durch die Einwohner des betreffenden Stadtteils aus.
- 2) Die SPD MV spricht sich für die landesweite Stärkung der Ortsteilvertretungen bei Gemeindefusionen aus.
- 3) Die SPD Landtagsfraktion wird gebeten einen entsprechenden Antrag zur Novellierung der Kommunalverfassung zeitnah in den Landtag einzubringen, dabei ist auch die Kompetenzverteilung zwischen der Ortsteilvertretung und dem Gemeinderat zu überdenken.

Überweisung an SGK und AK Innen der Landtagsfraktion

K 3

Antragstellerin: ASF

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, zusätzlich zu den bereits in der Kommunalverfassung MV festgelegten Grundlagen die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen und Landkreisen weiter zu stärken. Dies soll im Zusammenwirken mit dem Städte- und Gemeindetag MV, dem Landkreistag MV und der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten geschehen.

Zu den stärkenden Elementen können u. a. gehören:

- Definition des Begriffes „Hauptamtlichkeit“ und daraus Ableitung der Minimal-Eingruppierung
- Abgrenzung von Gleichstellungs- und anderen Aufgaben (z. B. Integration, Menschen mit Behinderung, Familie, Senior/innenarbeit)
- Festlegung der personellen und sächlichen Minimalausstattung für haupt- und ehrenamtliche Gleichstellungsbüros
- Definition der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte
- Einführung eines Sanktions- bzw. Vetorechts
- Festlegung eines eigens zu verantwortenden Mindestbudgets
- Regelung der Freistellung und der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Antragsteller: SPD-Kreisverband NWM-HWI

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Sag JA zu Kommunen. Sag JA zur Demokratie!

Beschlussfassung zum FAG

1. Der Landesverband begrüßt die auf Augenhöhe geführten Verhandlungsgespräche zwischen Landesregierung und Kommunen zum Finanzergebnis ab 2020. Mit dem Verhandlungsergebnis wurde die historische Chance genutzt, die Weichen für eine deutlich bessere Finanzausstattung der Kommunen zu stellen. Der Landesverband erwartet, dass dieses Verhältnis auf Augenhöhe verstetigt wird.
2. Insofern begrüßt der LV als wichtigen Schritt die zwischen Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden getroffene Einigung vom 05.03.2019. Dies gilt es nun, entsprechend umzusetzen und bereits vor der Kommunalwahl gemeindescharfe Zahlen zu liefern, die den gewonnenen Spielraum für die Kommunalpolitik deutliche machen.
3. Die Kommunen können als Fundament der Demokratie ihre Aufgaben, wie u. a.:
 - Sicherung der sozialen Infrastruktur und damit der Grundversorgung im ganzen Land,
 - Sicherung der Grundversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, einschließlich moderner Kommunikationsinfrastruktur,
 - Absicherung gleicher Bildungschancen für alle und Bildung aus einer Hand, einschließlich bedarfsgerechter Berufsschulangebote, insbesondere auch Vermittlung von Medienkompetenz für alle Bevölkerungsschichten,
 - Sicherung kultureller Einrichtungen und Leistungen als Teil der Identität in den Gemeinden und Kreisen,
 - Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben, mit einem künftig gemäß Einigung vom 05.03.2019 strukturierten FAG deutlich besser erfüllen und damit den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zeigen, dass die Demokratie vor Ort mit Leben erfüllt wird und mit der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zeigt der Staat, dass er für alle Bürgerinnen und Bürger da sein will.

K 5

Antragsteller: SPD-OV Parchim

Der Landesparteitag hat beschlossen:

1. Der Arbeitskreis „sozialdemokratische Grund und Boden Politik unter besonderer Berücksichtigung von grundstücksbezogenen Abgaben zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur“ ist einzusetzen. Mitglieder der SGK und Genossinnen und Genossen mit langjähriger Kommunalkompetenz sollen die Landtagsfraktion der SPD beraten, insbesondere bei der Suche nach Antworten auf die Fragen, welche die Entschließung des Landtages zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes, (LT-Drucksache 7/3080), aufwirft. Der Arbeitskreis ist in das Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen.
2. Die SPD bekennt sich zu den Genoss*innen und Bürger*innen dieses Landes, die mit ihren Beiträgen den Wiederaufbau der maroden Infrastruktur mitfinanziert haben. Sie wird auf eine generationengerechte Verteilung der Lasten achten. Sie wird nicht zulassen, dass die Kommunen die Folgen einer Reform austragen müssen, die von breiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfunden wird. Und sie will erreichen, dass die „eigenen vier Wände“ für die Bevölkerung erschwinglich werden bzw. bleiben.

Überweisung an AK Innen der SPD-Landtagsfraktion

M 1

Antragstellerin: SPDqueer

Der Landesparteitag hat beschlossen:

LSBTTIQ* in die Prime Time!

Der Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Landesvorständen der SPD Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Niedersachsens darauf hinzuwirken, dass

1. die Vertreter*innen der SPD in den Gremien des Norddeutschen Rundfunks (NDR) und die SPD-Landtagsfraktion sich verstärkt dafür einsetzen, dass
 - Filme und Serien, die sich mit Thematiken jenseits der Heteronorm, mit queeren Lebensweisen und Coming-out-Geschichten befassen, nicht länger in das Spätabend- oder Nachtprogramm verbannt werden;
 - in Eigenproduktionen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks, die sich an die breite Masse richten, Wert auf eine ausgewogene Darstellung queerer Lebensweisen als selbstverständlicher Bestandteil der gesellschaftlichen Realität gelegt wird;
 - LSBTTIQ*-Jugendliche durch die Darstellung queerer Lebensweisen im Jugendfernsehen Rollenvorbilder für ihr Coming-out und ihre Entwicklung finden können;
2. § 17 Abs. 1 des NDR-Staatsvertrages langfristig dahingehend ergänzt wird, dass für die LSBTTIQ*-Community mindestens ein Sitz im Rundfunkrat des NDR geschaffen wird.

O 2

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Gendergerechtes Leben- auch in der Partei

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet sich dazu, alle Pressemitteilungen, alle Posts, alle Texte, alle Veröffentlichungen, welche in irgendeiner Art und Weise publiziert werden (parteiintern aber auch für die Öffentlichkeit), mit geschlechtsneutralen Bezeichnungen (Bsp. Studierende) oder aber, wenn dies nicht möglich ist, mit einem Gender-Stern (der*die Schüler*in) zu versehen.

O 3

Antragsteller: Kreisverband Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Beschlusskontrolle Umsetzen

Die SPD MV setzen sich dafür ein, dass auf allen nachfolgenden ordentlichen Landesparteitagen eine Liste vorliegt, aus der hervorgeht, was aus den beschlossenen Anträgen geworden ist. Soll also heißen, wie wurde mit den überwiesenen Anträgen weitergearbeitet und wie wurden die beschlossenen Anträge politische Realität. Offene oder nicht bearbeitete Punkte müssen ausdrücklich benannt werden.

Außerdem wird im Anschluss an jeden Parteitag jedem Mitglied des Landesverbandes ein Beschlussbuch in elektronischer Form zugeschickt.

ÄO 4

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Einrichtung des Kulturforums Mecklenburg-Vorpommern

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern richtet das Kulturforum als Themenforum ein.

Die Aufgaben des Kulturforums werden insbesondere sein:

- Es wird als sozialdemokratischer kultureller Sammlungspunkt und Impulsgeber für die SPD in MV fungieren. Ein eigener homepage-Bereich wird eingerichtet und das Forum wählt sich einen Vorstand.
- Die kulturpolitischen Leitlinien werden im Entstehungsprozess begleitet; dort hat die AG Kultur mit Katrin schon wertvolle Arbeit geleistet, die das Kulturforum ergänzen und erweitern könnte.
- Es wird mindestens eine größere kulturpolitische Veranstaltung im Jahr durchgeführt.
- Außerdem soll es kulturpolitische und medienpolitische Themen aktiv aufgreifen, übergreifend, die Kultur- und Medienpolitik des Landes betreffend, aber auch regional, und sich einmischen; sobald genügend Mitstreiter vorhanden sind, könnten sich auch in den größeren Städten oder je nach Bedarf kommunale bzw. regionale Kulturforen bilden.
- Zusammenarbeit mit anderen sozialdemokratischen Kulturforen, besonders dem deutsch-polnischen Kulturforum.
- Weiterhin könnten aus dem Kulturforum heraus eigene kulturelle Aktivitäten entstehen, Wettbewerbe oder Preise ausgelobt werden oder spezielle Schwerpunkte bedient werden.

U 1

Antragsteller: SPD-Ortsverein Lübstorf-Alt Meteln

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Nitratbelastung im Grundwasser

Der SPD Landesverband begrüßt die im Juni 2017 verschärfte Düngerverordnung und fordert Landes- und Bundesregierung auf, die nochmalige Überarbeitung 2020 für deutliche weitere Verschärfung zu nutzen, insbesondere in den drastisch Nitrat-belasteten Bereichen. Die gesetzlichen Vorgaben müssen den Betrieben klare Grenzen für Stickstoff-Überschüsse setzen vor allem in besonders belasteten Regionen.

V 1

Antragsteller: SPD-OV Insel Usedom

Der Landesparteitag hat beschlossen:

auf der Insel Usedom keine breiteren und weiteren Straßen zuzulassen.

Auf der Insel Usedom keine weiteren Straßen zuzulassen und bei Straßenausbauprojekten die Besonderheit der Insel zu bewahren.

Die Vorplanung zur Wiederherstellung der Eisenbahn-Südanbindung der Insel Usedom über Karnin soll endlich aufgenommen werden. Der SPD-Landesverband sieht hier den Bund weiterhin in der Pflicht für dieses für die Verkehrsherausforderungen der Insel Usedom wesentliche Verkehrsprojekt Sorge zu tragen.

Ini 1

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Politische Beteiligung stärken – Klimademos unterstützen!

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die Demonstrationen der Schüler*innen für den Klimaschutz und ruft die Landesregierung dazu auf, Möglichkeiten zur Unterstützung dieser zu prüfen. Uns ist wichtig, dass Schüler*innen öffentlich ihre Meinung äußern dürfen. Eine Demonstration halten wir dabei für ein richtiges Mittel um auf das Thema aufmerksam zu machen. Es darf daher nicht sein, dass Schüler*innen auf Grund ihres demokratischen Engagements negative Konsequenzen befürchten müssen. Uns ist darüber hinaus wichtig, dass jede*r Schüler*in selbst entscheiden kann ob er oder sie an „Fridays For Future“ teilnimmt.

Ini 2

Antragstellerin: Jusos MV

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern solidarisiert sich mit den friedlichen Protesten und Demonstrationsteilnehmer*innen in Neubrandenburg, welche gegen den Thor-Steinar-Laden in der Innenstadt protestieren. Des Weiteren fordern wir den Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Herrn Silvio Witt, dazu auf, gegebenenfalls rechtliche Schritte gegen Verstöße (Beklebung der Fenster, Denkmalschutz) der Betreibenden einzuleiten.

Wir unterstützen die Demonstrierenden weitestgehend und mit allen uns verfügbaren Mitteln.

Für uns ist die Parole klar: kein Fußbreit den Faschist*innen.

Alerta!

Ini 3

Antragsteller: Kreisverband Landkreis Rostock

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern setzt sich im Interesse von Kindern mit Behinderung und Kindern mit drohender Behinderung einschließlich Kindern mit Entwicklungsrisiken für ein familien- und wohnortnahes Angebot an Interdisziplinären Frühförderstellen (IFF) und nach Landesrecht zugelassene Einrichtungen mit vergleichbarem Förder-, Behandlungs- und Beratungsspektrum ein.

Kommt eine Landesrahmenvereinbarung Früherkennung und Frühförderung nach § 46 Abs. 4 SGB IX (Komplexleistung) bis zum 31. Juli 2019 nicht zustande, sollen die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung innerhalb eines Jahres nach diesem Landesparteitag eine Regelung durch Rechtsverordnung treffen.